

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgeheilten Kolonnen je eine oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Beitragungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Geschieht täglich außer Montage.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 30. Juli 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Nicht mit einem Schlage wie nach dem großen Wiener Wörstentrad vom Mai 1873 ist die Krise über unser Land hereingebrochen, aber nach monatelanger Steigerung ist sie heute als eine schwere Kalamität in fast allen Berufen zu fühlen. Wo noch vor 1 1/2 Jahren Arbeitermangel und regelmäßige Ueberstunden-Arbeit die Regel bildeten, sind heute Hunderte von Arbeitern auf die Straße gesetzt. Tausende nicht alle Anzeichen, so werden bald zahlreiche Hochöfen ausgeblasen, viele Fabrikhöfe gesperrt, Bergwerke geschlossen werden und dort, wo der Betrieb noch fortgesetzt werden kann, wird die Arbeiterzahl noch mehr verringert werden. In der Electricitäts-Industrie, in den Metall- und Holzbearbeitungsgewerben, in der Schuhmacher- und in vielen andren Industrien ist dies heute schon festzustellen. Das Verhältnis der besetzten Stellen zu dem Angebot von Arbeitskräften hat sich gegenüber den Vorjahren in fast allen Arbeitsvermittlungsinstitutionen sehr ungünstig gestaltet. Eine Entlastung des Arbeitermarktes durch Verschlebung der überflüssigen Arbeitskräfte verspricht keine Vorteile, denn die Krise ist allgemein. Aus England, Frankreich, der Schweiz, Oesterreich und Russland klingt die gleiche Kunde von mangelnder Nachfrage nach Arbeitskräften. Die Weltkrise der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wiederholt sich, in ihren Anfängen diesmal milder und weniger plötzlich hervortretend, verspricht sie leider auch langwierig und vielleicht noch verhängnisvoller zu werden. Im letzten Vierteljahrhundert ist in allen europäischen Staaten wie auch in der nordamerikanischen Union die Zahl der Industrie-Arbeiter ganz gewaltig angewachsen. Deutschland hat sich zu einem ernsthaften Konkurrenten Englands entwickelt, in Russland, Italien, Ungarn, früher ganz industriearmen Gebieten, haben sich gewaltige Massen der Arbeiterschaft der Industrie zugewandt. Die Entwicklung der Großstädte, die Verlegung des Schwerpunkt der Bevölkerung vom Lande in die Stadt ist eine Erscheinung, die erst seit 1873 die ungeheuren Dimensionen angenommen hat, die bei jeder neuen Volkszählung neues hervorgerufen, alle diese Erscheinungen führen dazu, daß eine industrielle Krise in unsren Tagen einen viel größeren Bruchteil der Bevölkerung in Mitleiden-schaft ziehen muß, als irgend eine vorangegangene Erschütterung unsres gewerblichen Lebens.

Es ist nicht unsre Sache, fatalistisch das Unglück über uns hereinbrechen zu lassen, wir sind bemüht, die Ursachen dieser schweren Krankheiten an unsrem Wirtschaftskörper zu erkennen, ihre Wiederholung nicht mehr oft vorkommen zu lassen. Aber alle ernsthaften Untersuchungen der wirtschaftlichen Krisen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß sie auf engste Verknüpfung sind mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sie geben damit, meist ohne daß sie es wollen, den Socialisten recht, die nur in der Umgestaltung unsrer Gesellschaftsordnung in eine gemeinschaftliche, unter demokratischer Kontrolle stehende das Mittel sehen, die Arbeiterklasse und die ganze Gesellschaft von den schweren Erschütterungen durch Wirtschaftskrisen zu verschonen.

Diese Grundanschauung wird aber keinen Socialisten hindern, jedes taugliche Mittel zu acceptieren, das die Wucht der Krisen vermindern, die Arbeitslosigkeit einengen, die Schädigungen der Arbeiterklasse lindern könnte. Wir haben deshalb auch mit dem lebhaftesten Interesse nach der eben erschienenen Abhandlung des Würzburger Nationalökonom Georg Schanz gegriffen, in der „die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ behandelt wird. Freilich die Enttäuschung ist uns nicht erspart worden, nicht im mindesten sind wir erschüttert worden in unsrer Ueberzeugung, daß kein Tranklein, keine Nixtur, kein Pflasterchen diese schwere Krankheit zu lindern vermöchte.

Doch sehen wir zu, was Schanz aus den Erfahrungen und Versuchen im In- und Auslande zusammengetragen hat als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit. Sein erstes Kapitel — 65 Seiten — widmet er den Arbeitsnachweiser. Aber er sieht selbst ein, daß diese nur eine Bedeutung haben, wo eine Nachfrage nach Arbeit vorhanden ist, nicht in Zeiten, wo diese völlig aufhört. Mit der Vorsicht des ordentlichen Professors brüdt er dies folgendermaßen aus: „Der Arbeitsnachweiser kam, auch wenn er ideal vollkommen organisiert wäre, nur jene Arbeitslosigkeit verhindern, welche dadurch entsteht, daß Angebot und Nachfrage sich nicht in entsprechender Weise begegnen. Seine Wirksamkeit in der Verhinderung der Arbeitslosigkeit ist sonach eine begrenzte“.

Das genügt, um uns nicht bei der Betrachtung der Organisation der Arbeitsnachweise weiter aufzuhalten. Schanz wünscht dann eine andre Regelung des Kündigungswesens, der Ausschluss der Kündigung soll nicht mehr gestattet werden, eine acht-tägige Kündigung solle zum mindesten der Lösung des Arbeitsverhältnisses vorangehen. Die Arbeiter werden diesem Vorschlage kühl gegenüberstehen, wissen sie doch, wie die Schulleute darauf dressiert werden, jeden „Kontraktbruch“ der Arbeiter festzustellen, während in der bürgerlichen Gesellschaft der Kontraktbruch sonst zu den Alltäglichkeiten gehört. Aber wie dem auch sei, da die langen Kündigungsfristen der ländlichen Arbeiter, Dienstboten, Handlungsgehilfen, Jägerknechte und Werkmeister für die

Arbeiterklassen kein Mittel zur Hintanhaltung der Arbeitslosigkeit sind, so werden auch längere Kündigungsfristen der gewerblichen Arbeiter nicht als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit erscheinen können. Schanz hofft von einer noch nicht amtierenden Kartellgesetzgebung, daß sie bei ihrer weiteren Entwicklung zu Garantien für die dauernde Beschäftigung der Arbeiter führen könnte. So lange der Centralverband deutscher Industrieller eine Macht im Deutschen Reiche sein wird, so lange er bei der Zusammensetzung der preussischen Ministerien berücksichtigt wird, so lange brauchen wir uns über diese Vorschläge den Kopf nicht zu zerbrechen. Die Frage der Gesetzgebung gegen Trusts und Kartelle ist eine der schwierigsten Probleme; bisher haben diese Unternehmerorganisationen über die Juristen immer triumphiert. Kein Land hat länger schon und mehr Gesetze gegen die Trusts als die nordamerikanische Union, aber die Herren Morgan, Rockefeller, Carnegie haben diese Spinnfäden noch niemals als eine Geschäftsstörung betrachtet. Es dürfte somit die Arbeitslosigkeit jenseits wie diesseits des großen Wassers eine charakteristische Erscheinung unsrer Gesellschaftsordnung bleiben, auch wenn das Reichs-Gesetzblatt einmal ein Kartellgesetz und ein Duzend Novellen zu demselben veröffentlicht haben wird.

Daß § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu einer leeren Dekoration geworden ist, weiß jedermann. Wenn dem aber auch nicht so wäre, so könnte diese Gesetzesbestimmung doch niemals als ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit bezeichnet werden. Die Einführung von Lehrlingsstellen streben auch wir an, aber daß damit viel genützt werden könnte zur Herabminderung der Arbeitslosigkeit, dürfen wir füglich bezweifeln. Der einzige Erfolg könnte dann doch nur eine verminderte Arbeitslosigkeit bei den gelerntem, eine erhöhte bei den ungelerten Arbeitern sein. Aber selbst dieser Erfolg ist nicht sicher, rekrutieren sich doch heute viele gelernte Arbeiter, ja oft sogar Vorarbeiter und Berufsführer aus den Reihen der ungelerten Arbeiter.

Auch in der von Prof. Schanz vorgeschlagenen Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung auf 60 Jahre sehen wir nur ein kleines, wenig Effekt versprechendes Mittel zur Herabminderung der Arbeitslosigkeit; ganz abgesehen davon, daß man von den Renten der Invaliden-Versicherung nicht leben kann, so würde selbst heute, wo wir doch sicherlich noch lange nicht auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit angekommen sind, die Entlassung aller über 60 Jahre alter Fabrik-, Bergarbeiter u. d. Nachfrage nach Arbeit sehr wenig berühren. Die Anzahl der aktiven gewerblichen Arbeiter über 60 Jahre ist eben sehr gering. Dann regt er die Internierung der Bettler, „Vagabunden“ und mit Defekten moralischer, geistiger und anderer Art versehenen Arbeiter in Anstalten an. Es würde zu weit führen, wollten wir alles vorbringen, was gegen diese neuen Machtvollkommenheiten an die herrschenden Klassen einzuwenden wäre, wir haben ja auch nur zu untersuchen, ob sich der Vorschlag als ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit darstellen könnte. Sicherlich doch eher das Gegenteil: der Bettler, Vagabund, Defekte, Arbeitscheu würde doch in der Anstalt zur Arbeit gezwungen werden, er würde somit das Arbeitsangebot nicht vermindern, eher könnte er die Nachfrage nach Arbeit noch mehr abschwächen, was eigentlich außerhalb des Rahmens des Schanzschen Vorhabens fällt.

Unser Autor redet dann von den Arbeiterkolonien und Verpflegestationen. Auch hier wollen wir unser Urteil über diese Anstalten nicht wiederholen, wir wollen uns bloß begnügen mit der Bemerkung, daß alle deutschen Arbeiterkolonien 3390 belegbare Plätze darbieten, also weniger als in einer Stadt wie Chemnitz heute Arbeitslose vorhanden sein dürften. Wichtiger scheint uns sein Hinweis auf die leider nur allzu schüchternen Versuche der Kommunen, winterliche Notstandsarbeiten regelmäßig ins Auge zu fassen. Schwierig könnte dieses System, wenn es weit-sichtig ausgebaut würde, für die Angehörigen derjenigen Berufe wie des Baugewerbes, deren Arbeit im Winter ruht, von sehr großer Bedeutung werden. Aber es ist etwas anderes, für einige hundert Bauarbeiter in der Zeit, wo der Würtel gefriert, Arbeit zu schaffen und gegen eine Krise anzukämpfen, die viele Winter und Sommer dauern kann, die Hundert-tausende brotlos macht und machen wird. Die Gemeinden werden da erklären, daß eine solche Aufgabe, wenn sie überhaupt gestellt werden könne, dem Staate zufalle. Ist aber der Staat heute in der Lage, das zu thun? Viehtrieb hat einmal vorgeschlagen, von den Arbeitslosen auf Staatskosten die Lüneburger Heide kultivieren zu lassen; wenn dieses Kulturwerk fertig sein wird, können wir mit andren ebenso schönen und nützlichen Aufgaben aufwarten.

Wir brauchen uns aber damit nicht zu beeilen. Diese für den Augenblick nicht rentierenden Arbeiten — und kapitalistisch genommen rentieren Notstandsarbeiten überhaupt nicht — wären nur möglich, wenn der Staat auf seine kultur-widrigen Aufgaben verzichten würde, wenn er durch das Budget für Meer und Marine einen dicken Strich ziehen würde. Der heutige Klassenstaat kann aber gar nicht die Verpflichtung eingestehen, die Arbeitslosen zu beschäftigen, denn die herrschenden Klassen würden sich wie ein Mann erheben und gegen diesen ersten Schritt der Organisation der Arbeit wirkungsvollen Einspruch erheben. Wir haben es deshalb gar nicht nötig zu prüfen, ob die

Arbeit auf der Lüneburger Heide dem Feinmechaniker, Goldarbeiter, Uhrmacher, Tapezierer, dem Kunstschreiner usw. usw. als eine Lösung der Arbeitslosenfrage gehele.

Wir sehen, daß alle Vorschläge, die Prof. Schanz, unter seinen Kollegen der genaueste Kenner der Arbeitslosenfrage und sicherlich ein wohlmeinender und tüchtiger Gelehrter, vor-bringt, entweder wirkungslos oder aussichtslos sind.

Unsre Regierungen haben heute wahrlich auch andre Sorgen als die Arbeitslosigkeit der Proletarier; die Minister müssen jetzt zur Herbeiführung von Hungerzügen auf Konferenzen schwitzen und viel Aktienpapier beschreiben, sie streben danach, die Regierungen unsrer Ausfuhrländer zu den schärfsten Zollmaßregeln gegen Deutschland aufzuputtschen, sie werden damit erreichen, daß unsre Ausfuhrziffern sich stark erniedrigen, daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter noch weit tiefer sinken wird.

Millionen werden hungern, wenn die Junker ihre Zollforderungen im sicheren Port haben werden. —

Der Wuchertarif.

Die frühzeitige Veröffentlichung des Bälowschen Zollkriegs-Entwurfs scheinen wir lediglich dem Umstande zu verdanken, daß ein vollständiges Exemplar des Entwurfs sich bereits seit 14 Tagen im Besitz der Londoner „Finanzchronik“ befand. Davon hatte die deutsche Regierung Wind erhalten, und um zu verhüten, daß die Veröffentlichung zuerst in London geschähe, entschloß man sich selbst das mühsam geschilderte Geheimnis preiszugeben. Daß die Regierung keineswegs angenehm berührt war, auf diese Weise in die Zwangslage versetzt zu sein, den Entwurf veröffentlicht zu müssen, versteht sich. In ihrem Kertzer hat sie die Polizei zu Hilfe gerufen. Es sind in Berlin von der politischen Polizei Schritte gethan worden, die, wie die „Vossische Zeitung“ hört, zu einer Befragung des Verächts geführt haben. Eine weitere Untersuchung ist im Gange. Wie mitgeteilt wird, sei in dem vorliegenden Fall ein Vergehen politischer Natur gänzlich ausgeschlossen. Es handele sich vielmehr um ein „Vergehen“ aus gewinnstüchtiger Absicht. Dem Vernehmen nach hat in der verflochtenen Nacht in dieser Angelegenheit bei einem Berliner Journalisten eine Hausdurchsuchung stattgefunden, die belastendes Material zu Tage gefördert hat.

Das möge sich immerhin so verhalten, jedenfalls war die „Indiskretion“ ein Segen für das ganze deutsche Volk.

Von der Centrumschautel.

Während alle Welt erregt und entrüstet ist über den ungeheuerlichen Zolltarif, trägt das ausschlaggebende Centrum diplomatische Stufe zur Schau. Zwischen Agrariern und Arbeitern eingeklemmt, sagt es nicht ja und sagt es nicht nein, sondern lacht zwischen Ja und Nein eine „mittlere Linie“ zu finden, nach dem Muster „ja, aber“ oder „nein, jedoch“. Sicher ist, daß das Centrum schließlich seine proletarische Gesoftschaft an die Agrarier veratzen wird, aber ein-weißen hält es noch für geraten, Bedenken zu äußern.

Die „Germania“ orakelt, daß die Urteile des Auslands einerseits kein Gewicht hätten:

„Auf der andren Seite bleibt aber zu erwägen, daß, wenn Deutschland durch die Erhöhung der Getreidezölle den fremden Nationen die Verwertung der Produkte ihrer Länder im internationalen Verkehr erschwert, die beteiligten Nationen durch ihr eigenes Interesse dahin gedrängt werden müssen, Abwehrmaßnahmen in Erwägung zu ziehen, die geeignet sind, die Deutschen schwer zu schädigen. Erhebliche Zollerböhrungen bleiben mithin immer ein zweifelhafte Schwert, und es kann niemals die Aufgabe einer der Interessen der Gesamtheit im Auge gehaltenen Regierung sein, zu Gunsten einer wirtschaftlichen Gruppe das Gedeihen einer andren preiszugeben.“

Und die „Märkische Volkszeitung“ will überhaupt kein Urteil abgeben:

„In Gegensatz hierzu betrachten wir den Zolltarif als einen neutralen Boden, auf welchem die berufenen Parlamentäre der verschiedenen Interessententeile sich zusammenzufinden haben, um mitten im Kampfe der Meinungen in friedlicher, ernstlicher Beratung die Ansprüche der einzelnen Parteien zu prüfen, und, soweit sie berechtigt sind, zu erfüllen. Bei dieser unsrer Auffassung halten wir es nicht für möglich, daß irgend ein Vorkorgan, mag es auf einer Seite stehen, wo es will, schon wenige Stunden nach der Veröffentlichung des Zolltarifs, der ja nur zum kleinsten Teile bekannt war, ein durchdringendes, auf Berechnung aller einschlägigen Momente beruhendes und daher klares und sicheres Urteil über den Zolltarif abgeben kann. Und in dieser Erwägung halten wir es für unsre Pflicht, mit unserm Urteile vorsichtig zu sein.“

Also das Centrum will erst nachdenken. Wohin freilich das Nachdenken führen wird, weiß heute bereits jedermann.

Die Scharfmacher.

Die „Rheinisch-westfälische Zeitung“, das Organ der Rubenbarone, erklärt bereits im Namen der Industrie ihre Zustimmung zu dem Entwurf im allgemeinen. Von einem „führenden“ Herren im Bergbau wird ihr geschrieben:

„Der Zolltarif-Entwurf erscheint mir als angemessen, speziell habe ich gegen die Höhe der Getreidezölle und Viehzölle nichts einzuwenden.“ Ein genaues Urteil ist aber nur noch ein-gehendem Urteil möglich. Und eine der einflussreichsten und hervorragendsten Persönlichkeiten der Eisenindustrie, der oberste Leiter eines ersten Eisenwerks“ drachtet dem Blatt: „Soweit ich bei oberflächlicher Prüfung übersehen kann, werden seitens der Groß-eisenindustrie erhebliche Bedenken gegen den neuen Zolltarif nicht erhoben werden.“

Wir möchten den beiden führenden Geistern der Großindustrie raten, eine Petition als Arbeiter in ihre Betriebe einzutreten und ausschließlich auf ihren Lohn angewiesen zu sein. Dann dürften ihre kurrrenden Fragen wohl recht viel gegen die wucherischen Getreide- und Viehzölle einzuwenden haben.

*) Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik XVI. Band, 5. und 6. Heft (Berlin 1901) S. 549—639.

Unser tägliches Brot giebt uns heute.

Wie sich unsere angehenden Beamten der christlichen Lehre zu dem sehr unchristlichen Brot- und Fleischwucher stellen, ist zwar nicht zweifelhaft. Trotzdem wird es dem einen oder dem andern „Ants-bruder“ nicht ganz leicht sein, sich mit seinem „Gewissen“ abzufinden. Unser Mammheimer Parteiblatt berichtet über das folgende Zwischenpiel: In dem pfälzischen Organ der protestantischen Geistlichkeit werden die Pastoren der Pfalz in ihrem und dem Interesse ihrer Gemeindeführer aufgefordert, ihren Einfluss gegen die Erhöhung der Brotzölle geltend zu machen. Nunmehr beginnt seitens des Bundes der Landwirte mit einem Teile der Pastoren selbst ein reines Kesselfeldchen gegen die Anti-Agrarier im Kalmar. So wird den Herren bedeutet, daß sie ihre Hände von der Politik, die sie nichts angehe, lassen sollten, es wird denselben aber weiter nachgerechnet, daß die Geistlichkeit das natürliche Interesse hätte, die Brotwucherpolitik zu unterstützen, weil — der größere Teil von deren Einkommen in dem Ertrage von Kirchengütern besteht, daß die Erhöhung der Zölle notwendig Weise eine Erhöhung der Pfrarreute im Gefolge hätte. Es ist hißlich, wie hier die Pöbeln an das größte materielle Interesse der geistlichen Herren erinnern. Daß sie an das Wohl ihrer „Herde“ denken sollen, das gehört noch bündlicherer Auf-fassung augenscheinlich nicht zu den pastoralen Berufspflichten.

Das Ausland.

Die gesamte Presse des Auslandes ist ohne Unterschied der Partei auf einen Ton gestimmt: Dieser deutsche Entwurf bedeutet den Vorkrieg.

Hören wir zunächst einige Stimmen aus den so intim befreundeten Dreieinheitsstaaten.

In der österreichisch-ungarischen Presse findet sich auch nicht ein Wort der Zustimmung.

Wie soll, fragt die „Neue Freie Presse“, dieser monströse Tarif ohne politische Folgen bleiben, wenn schon die nächsten und zuverlässigsten Freunde dadurch betroffen werden. Wie sollen speziell die österreichischen Deutschen dem ohnehin mächtigen Anstrome gegen das deutsche Bündnis standhalten, wenn er noch durch die Notwendigkeit verstärkt wird, sich wirtschaftlich gegen Deutschland zur Wehr zu setzen? Das „Extrablatt“ spricht von einem Attentat der deutschen Regierung. Die „Reichswehr“ meint, es könne heute schon gesagt werden, daß die Handelsvertragsverhandlungen sich angesichts der scharfen Schutzzölle Deutschlands sehr schwierig gestalten werden, wenn sie überhaupt zum Abschluß zu bringen sein werden.

In österreichischen Handelsministerien vertritt man, wie der „Nat.-Ztg.“ aus Wien geschrieben wird, den Standpunkt, daß das handelspolitische Interesse Oesterreich-Ungarns durch den Zolltarif-Entwurf der deutschen Regierung in drei Punkten in vitalster Weise betroffen erscheine. Es sind dies: der Getreide-, Salz- und Vieh-Export. Schon von diesen wenigen Gesichtspunkten aus betrachtet, stellt sich der Zolltarif, wie er heute vorliegt, als voll-kommen unannehmbar dar, und ist an ein Zustandekommen von Handelsverträgen überhaupt nicht zu denken.

Das offizielle Organ der ungarischen Regierung „Magyar Nemzet“ erklärt: Wenn gegen alles Erwarten der deutsche Zolltarif mit den jetzt publizierten Sägen in Einklang treten würde, müßten wir auch in unsern autonomen Tarifen an entsprechende Mittel zur Verteidigung denken. Das Zustandekommen des Ausgleichs mit Oesterreich ist jetzt besonders wichtig, damit wir gegen Deutschland als einheitliche, geschlossene wirtschaftliche Organisation auftreten können. — Das Organ der ungarischen Agrarier „Gozsont“, bemerkt: Der deutsche Zolltarif ist für uns sehr schmerzlich, weil er unserm landwirtschaftlichen Export große Hindernisse in den Weg legt. Das Blatt tröstet sich aber mit der Hoffnung, daß der glänzende Erfolg der deutschen Agrarier den Mut der ungarischen Agrarier anspornen wird. — „Glasnik“ weist darauf hin, daß Deutschland sich „zu tödlichen Schläge für unser wirtschaftliches Leben vorbereite“.

Aus Rom wird telegraphiert: Der neue deutsche Zolltarif-Entwurf ruft in den hiesigen Regierungskreisen den peinlichsten Eindruck hervor. Man befürchtet, daß die dreieinheitsländliche Strömung in Italien große Dimensionen annehmen wird.

Sehr scharf äußern sich die russischen Blätter.

„Wschewija Wiedomosti“ stellt es als wahrscheinlich hin, daß Rußland und Nordamerika, ohne Handelsverträge zu schließen, sich in der richtigen Erkenntnis ihrer Interessen vereinigen werden, um dieselben gegen den deutschen Zolltarif zu schützen. Der deutschen Industrie würde dann ein empfindlicher Schlag verfehrt werden. Der gegenwärtige Streit zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten werde im Herbst gerichtlich entschieden werden und eine solche Vereinigung nicht hindern können. Amerika könnte sich einen russisch-deutschen Zollkrieg zu nütze machen, um seine Ausfuhr nach Rußland bedeutend zu heben. Das Blatt erinnert schließlich die russischen Kommerzien und Industriellen Kreise an die Notwendigkeit, sich auf einen Zollkrieg vorzubereiten.

Die künftigen deutschen Getreidezölle verschließen, so meint das genannte Blatt, den russischen landwirtschaftlichen Produkten den deutschen Markt fast völlig. Rußlands Antwort könne nur in Erhöhung der Einfuhrzölle auf deutsche Importartikel bestehen und die unausbleibliche Folge sei der Zollkrieg. Auf eine Ermäßigung der jetzt bekannt gegebenen deutschen Zollsätze sei nicht zu hoffen, da im deutschen Reichstag Freizug vorbereitet sei. Bei dem festen Entschlusse des Grafen Bülow, die Getreidezölle zu erhöhen, könne von Verhandlungen über den Handelsvertrag keine Rede sein. Niemand wünsche in Rußland den Zollkrieg mit Deutschland. Ein solcher Krieg werde aber unvermeidlich sein.

Die „Nowoje Wremja“ betont den aggressiven Charakter desselben und kommt zu dem Schlusse, daß die Urheber des neuen Tarifs den Zollkrieg mit allen Ländern herbeiführen wollten, die Deutschland bisher mit Getreide versorgt. Die jetzige große deutsche Einfuhr nach Rußland müsse eingeschränkt werden, indem man die betreffenden Waren in Zukunft aus andern Ländern beziehe: Deutschland werde es jedenfalls schwerer fallen, sich Getreide aus andern Ländern zu verschaffen. Dem Deutschen Reiche würden nicht wenig Sorgen in Bezug auf die Aufrechterhaltung der guten politischen Beziehungen zu den Mächten bevor, mit denen Deutschland den Zollkrieg zu führen sich vorbereite.

Die amerikanische Presse fordert bereits zu scharfen Gegenmaßregeln auf. Die New Yorker „Press“ sagt:

„In dem Entwurfe erblicken wir den Sieg der reaktionären Partei über eine absolute Monarchie. Die Konjumenten und nicht die ausländischen Produzenten werden die Zölle zu tragen und die Konsequenzen des agrarischen Triumphs zu erdulden haben.“ Der Artikel weist darauf hin, Getreide und Fleisch müsse nach Deutschland importiert werden. Der Fleischverbrauch lasse sich ungewisselhaft beschränken, aber ohne Brot könne man nicht leben und der deutsche Arbeiter würde daher die Auslandspreise für Getreide zu bezahlen haben. Repressalien der schärfsten Art seien zu erwarten und würden wahrscheinlich prompt von Rußland ergriffen werden.

Ein Widerspruch.

Während die hochschätzvolleren Blätter sonst für alles und jedes die höchsten Zölle fordern, machen sie bei einem Artikel sonderbarerweise Halt. Die gesamte schutzzöllnerische, auch die agrarische Presse will nichts von — Papierzöllen wissen. Die „Rhein. Westf. Ztg.“, die sonst ganz und gar mit dem Entwurfe einverstanden ist, meint, die größte Ueberraschung, welche der neue Handelsvertrag der deutschen Presse wohl gebracht hat, ist die überraschende Thatsache, daß trotz aller Darlegungen der Verhältnisse, welche seitens der Presse gegeben worden sind, die Zölle für Druckpapier, also auch für gewöhnliches Zeitungsdruk-papier, um nicht weniger als 66,66 Proz. erhöht werden sollen. — Aber warum soll den Papierfabrikanten nicht recht sein, was allen andern Industriellen und den Junkern billig ist? Das Rätsel löst sich leicht. In diesem Falle ist die Presse selbst Konjument, und

auch die Verleger der agrarischen Blätter wollen nicht von den Produzenten durch hohe Zölle bewahrt werden, um nicht ihr Geschäft, durch die Zeitung für Wucherzölle zu wirken, wegen eines besonderen Wucherzolls aufgeben zu müssen. Die Herren merken offenbar gar nicht, wie sehr sie sich und ihre Sache durch diese Ausnahme blamieren. Denn was hier für die Zeitungen vom Papierzoll gilt, trifft für alle andern Zölle auf alle Konjumenten zu.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ weisen darauf hin, daß der Bierzoll schon seit dem 1. Juli 1900 auf 8 M. erhöht worden sei, und daß von dem Mineralölen auch in Zukunft nur die schweren Destillationsprodukte, namentlich die Schmieröle, 10 M. bezahlen sollen, während das Rohpetroleum und die leichten Destillationsprodukte, namentlich das Leuchtöl, nach wie vor nur mit 6 M. zollpflichtig bleiben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juli.

Die Preisungs-Schmach in Memel-Heidelberg.

Trotz der außerordentlichsten Anstrengungen der Socialdemokratie ist der Wahlkreis Memel-Heidelberg dem Kandidaten der Brotwucherer in die Hände gefallen. Zwar gelang es der Agitation unserer wackeren Genossen, durch Heranziehung aller Reserven die Zahl der für den socialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen um 2000 zu vermehren, allein, da auch der Brotwucherer 2100 Stimmen mehr auf sich zu vereinigen vermochte als bei der Hauptwahl, war das Schicksal des Wahlkreises für die nächsten zwei Jahre besiegelt. Und daß es das Verhalten der freisinnigen Wähler war, das dem Repräsentanten der Brotwucherer den Sieg in die Hände spielte, beweist ganz zweifellos ein Vergleich der Ziffern der Stichwahl mit denen der Hauptwahl. Bei der Hauptwahl wurden insgesamt 14884 Stimmen für die Kandidaten der Konservativen, Socialdemokraten und Freisinnigen abgegeben, bei der Stichwahl über 16000 Stimmen für den konservativen und den socialdemokratischen Kandidaten. Es haben sich also — ein Beweis für die gesteigerte Intensität der Wahlarbeit — bei der Stichwahl ca. 1200 Wähler mehr an der Wahl beteiligt, wie bei der Hauptwahl, so daß es ganz ausgeschlossen ist, daß ein irgend erheblicher Prozentsatz der Freisinnigen sich auch nur der Stimme enthalten haben könnte. Die Freisinnigen haben sich an der Wahl beteiligt. Und zwar, wie die Wahlziffern des ferneren beweisen, dadurch, daß sie, soweit sie überhaupt stimmten, zu mindestens 50 Prozent für den Brotwucherer Mattschull ihren Stimmzettel abgaben. Der socialdemokratische Kandidat erhielt 2000, der konservative 2100 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl, eine Stimmzunahme, die ohne die Parteinarbeit des Preisungs unmöglich wäre. Und selbst, wenn von den 3000 Freisinnigen sich ein Drittel der Abstimmung enthalten hätte — eine Fehlleistung, die im Effekt dem offenen Eintreten für den Brotwucherer vollständig gleichkommt — so müßten von den übrigen 2000 freisinnigen Stimmen mindestens 1000 Stimmen für Mattschull abgegeben worden sein. Nur ein lumpiges Drittel des Preisungs würde Einsicht und politisches Pflichtgefühl genug bewiesen haben, sein Votum gegen den Brotwucherer abzugeben. Wahrscheinlich ist der jämmerliche Verrat des Preisungs aber noch schlimmer, als wir zu Gunsten desselben noch angenommen haben. Denn da die konservative Agitation bei der Hauptwahl schon alle Mittel der Wahlmacht erschöpft haben dürfte, um ein Maximum von Stimmen für sich herauszuschlagen, ist es sehr wahrscheinlich, daß die Socialdemokratie prozentual eine größere Anzahl von Stimmigen — die sich der mutmaßlichen Auslichtlosigkeit der socialdemokratischen Kandidatur wegen der Stimmabgabe enthielten — an die Wahlurne herangebracht hat, als es den Brotwucherern möglich war. In diesem Fall müßte die Zahl der ins Lager der Brotwucherer desertierten Freisinnigen noch viel größer sein.

Daß der Preisungs zum Teil direkt für Mattschull gestimmt hat, versucht auch die „Voss. Ztg.“ nicht zu leugnen. Sie schreibt:

Die Erstwahl in Memel-Heidelberg hat mit dem Siege des litauischen Kandidaten geendet. Herr Mattschull hat in der Stichwahl gut 2000 Stimmen mehr als in der Hauptwahl erhalten. Ein Teil der litauischen Stimmen, die im ersten Wahlgange nicht flüchtig zu machen waren, ist ihm also zugefallen. Aber auch freisinnige Wähler müssen sich für ihn erklärt haben. Es ist also genau so gekommen, wie wir es uns nach unserer Kenntnis der Sachlage gedacht haben. Sofort nach der ersten Wahl haben wir darauf hingewiesen, daß der freisinnige Organisationsbesitzer in dem socialdemokratischen Kandidaten schwerlich das Kleinere Uebel erblicken werde. Ob die Memeler Kaufmannschaft sich durch den Minister Möller hat beeinflussen lassen, ist vielleicht aus dem Wahlergebnisse der Stadt Memel ersichtlich. Sollte es der Fall sein, so wird die Memeler Stichwahl sicher noch ein Nachspiel im Reichstags haben.

In der Stadt Memel mit ihren Vororten wurden am 19. Juli 3081 freisinnige und socialdemokratische Stimmen abgegeben; auf den konservativ-agrarisch-litauischen Kandidaten entfielen 197 Stimmen. In der Stichwahl verminderten sich die anti-agrarischen Stimmen um 888, die für Mattschull aber erhöhten sich nach der „Königsberger Hartung'schen Zeitung“ um 188 Stimmen.

In der That, das Stichwahl-Ergebnisse der Stadt Memel zeigt uns den Preisungs in der ganzen Größe seiner Schmach!

Hätten die Freisinnigen geschlossen für Braun gestimmt, so wäre die Niederlage Mattschulls sicher gewesen! Das Wahlergebnisse ist indoch ausgefallen, wie es nach der Haltung des Preisungs nach der Hauptwahl ansfallen mußte. Von der Schmach, dem Brotwucherer das Mandat ausgeliefert zu haben, wird sich die freisinnige Volkspartei niemals reinwaschen können.

Trotzdem vom ersten Augenblicke an für jeden wirklich liberalen Wähler die Situation sonnenklar war, trotzdem es für ihn nur ein Gebot der politischen Pflicht und der politischen Klugheit gab: das, den Brotwucherer unter allen Umständen niederzujstimmen, Nummerierte man sich Kampfschaft an die socialdemokratische Ausfremdung angeblicher Vereindungen gegen den freisinnigen Kandidaten, um mit diesem faden Vorwand die Charakterlose Feigheit zu bemanteln, die davor zurückschanderte, für einen Socialdemokraten zu stimmen. Der gegen die Socialdemokratie inscenierten blöden Schimpferei, in der sich die „Preisungsige Ztg.“ besonders hervorthat, glückte es, die Aufmerksamkeit der freisinnigen Wähler von der zur Entscheidung stehenden Kardinalfrage des Brotwuchers abzulenken und zur schmachlichen Preisgabe der wirtschaftlichen Lebensinteressen des Volkes zu verleiten. Daß einzelne Organe, von späterer Neue ergriffen, schließlich dennoch zur Stimmabgabe für den Genossen Braun auftraten, vermochte an der allgemeinen Retirade der schlecht beratenen Wähler nichts Wesentliches mehr zu ändern. Die „Preisungsige Volkspartei“ darf es zu ihren bleibenden Ruhmeszeiten rechnen, dem Volke in bitterster Abwehrkämpfe gegen die ruinöse, blut-saugerische Wucherpolitik menschlings in den Rücken gefallen zu sein!

Die Vergeltung dafür wird nicht ausbleiben. Die Selbstmord-Politik des Preisungs wird sich grümmig rächen. Im Memeler Wahlkreis in erster Linie, aber nicht nur dort!

Die Socialdemokratie geht aus dem Wahlkampf trotz alledem als Siegerin hervor. Sie hat gezeigt, was sie aus eigener Kraft vermag. Bei der nächsten Wahl in Memel-Heidelberg wird vom Freisinn nicht mehr viel die Rede sein. Die Socialdemokratie wird dann den entscheidenden Gang mit dem Brotwucherer anzufechten haben. Ueber ihre Chancen urteilt selbst ein freisinniges Blatt, die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“:

„Die Memeler Wahl ist nur eine Gaipe in dem unaufhaltbaren Siegeszuge der Socialdemokratie in unserer Provinz. Die nächsten Wahlen dürften in dieser Hinsicht noch weitere Ueberraschungen bringen. . . . OSprensen ist auf dem Wege, eine Hochburg der Socialdemokratie zu werden.“

Ein China-Inferat.

Die Wiener „Zeit“ macht auf das folgende Inferat aufmerksam, das das Berliner „Militärwochenblatt“ Nr. 57 vom 17. Juli 1901 bringt. Das Inferat dieses Organs des Generalstabs lautet China.

Rausfassen, Porzellan, Stein, Bronze etc.

kauft und verkauft

Glenz, 47 Unter den Linden.

Es ist ein starkes Stück, daß das „Militärwochenblatt“ diese Infamation der genannten Japan- und China-Antiquitäten-Handlung aufgenommen hat, die auf solchem Wege die dreiste Vermutung zu äußern wagt, daß es Leser des „Militärwochenblatts“ geben könnte, die ein Interesse daran hätten, die Adresse eines Ankäufers von China-waren zu erfahren.

Wir sind begierig zu erfahren, in welcher Weise die Chinaoffiziere „Berliner Korrespondenz“ die Aufnahme des Inferats und seinen Inhalt erläutern wird. Im Ausland hat es, wie man sieht, Aufmerksamkeit erregt! —

Deutsches Reich.

Verteuerungs-Krüchle.

Der ehrsamem „Kreuz-Ztg.“ giebt unsre Aebfteilung in Nr. 173 des „Vorwärts“ Veranlassung zu einem zweiten Artikel über das Thema „Schutzzollpolitik und Socialdemokratie“. Gestränt beschwert sie sich, daß wir sie beschimpft hätten und ver-sündet dann ihren lieben Lesern, da wir ihre wahrheitsgetreuen Angaben nicht zu widerlegen vermöchten, hätten wir uns in kleinen dialektischen Wägen versucht. Welche dialektischen Wägen aber führt er (der „Vorwärts“), fragt sie, da er die beiden thomata probanda eben nicht bestritten kann, auf? — und antwortet darauf:

Einmal hätten wir unsern Lesern unterzulegen, daß des Abg. Calwer Ausführungen auf dem Parteitag zu Mainz mit erdrückender Mehrheit verworfen seien. Nun, das brauchen wir unsern Lesern doch wahrlich nicht noch besonders zu sagen, sie wissen es ja, daß die Socialdemokratie tagtäglich anders sich äußert als „Genosse“ Calwer. Wir schrieben auch keine Kritik des Mainzer Parteitags, sondern konstatierten einfach, wie der Abg. Calwer zu diesen Fragen steht. Gewiß sind das „Wortanfänger eines Genossen“, aber es ist immerhin doch kein Genosse vierten oder fünften Ranges, sondern einer, der „das Volk mit vertritt“!

Nun, wenn die „Kreuz-Zeitung“ meinte, daß die Socialdemokratie in Zollfragen einen andern Standpunkt einnimmt, wie Calwer, und dessen Auffassung in keiner Weise für uns maßgebend ist, wenn sie ferner der Ansicht ist, daß auch ihren Lesern diese Thatsache vollkommen bekannt war, was sollte denn die Vermerkung in ihrem ersten Artikel: „Mit dieser Parteinahme für die Amerikaner setzt sich der „Vorwärts“ in schroffem Widerspruch zu einem hervortragenden Genossen, und es ist abzuwarten, ob dieser Gegenlag in der socialdemokratischen Partei nochmals verfestert werden wird.“ Dann war diese Vermerkung nichts weiter als eine Albernheit. Der ganze Satz, vor allem aber die zum Schluß ausgesprochene Erwartung, ob der Gegenlag in der socialdemokratischen Partei nochmals verfestert werden würde, hat doch nur einen Sinn, wenn die „Kreuz-Zeitung“ annimmt, daß ein solcher Gegenlag in der Partei wirklich existiert, daß also thatsächlich die Calwer'sche Auffassung von einem in Betracht kommenden Teil der Partei geteilt wird; weiß sie aber, daß dies nicht der Fall ist und setzt diese Kenntnis auch bei ihrer Leser'schaft voraus, dann ist die Frage einfach lächerlich. Wer, meint das Junkerorgan, es hätte ja nur einfach konstatierten wollen, wie der Abg. Calwer zu diesen Fragen steht? Seit wann konstatiert man denn etwas, von dem man der Ansicht ist, daß es jeder längst weiß?

Uebrigens in demselben Augenblicke, in dem sich das fromme Blatt darüber beschwert, daß wir es der Fälschung zeihen, fälscht es trotz aller Frommigkeit schon von freiesen wieder darauf los. In dem ersten Artikel sagte das Blatt wörtlich:

„Damals nahm Genosse Calwer an, daß den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Meistbegünstigung deutscherseits entzogen werden würde, und dennoch erachtete er einen Zollkrieg als eine gerechte Abwehr Deutschlands, für nützlich und für notwendig.“

Diese Aeußerungen bezichneten wir als eine Fälschung der Calwer'schen Ansicht, indem wir unter Anführung seiner Worte auf dem Mainzer Parteitag darauf hinwiesen, daß er, weit davon entfernt, einen Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten für nützlich und für notwendig zu halten, vielmehr die Meinung ausgesprochen habe, daß ein Zollkrieg für ausgeschlossen gelten müsse.

Was thut nun demgegenüber das Kornzoll-Organ, es läßt im Vertrauen auf die Vergeßlichkeit seiner Leser den obigen Satz über den Zollkrieg einfach fallen und gaulert seinen Lesern vor, wir hätten bestritten, daß Calwer „eine gerechte Abwehr“ der amerikanischen Zollpolitik seitens Deutschlands für nützlich und notwendig gehalten habe.

Der „Vorwärts“ behauptet, sagt die „Kreuz-Zeitung“, es sei eine „grobe Fälschung“, daß wir zusammenfassend bemerkt hätten, Abgeordneter Calwer habe eine gerechte Abwehr Deutschlands gegen Amerika für nützlich und notwendig gehalten. Nun, der „Vorwärts“ brauchte ja nur die Sätze, die wir aus Calwer's Rede mitgeteilt haben, ganz abdrucken, um den Beweis für diesen Satz zu haben. Gerade diese aber unterschlägt er und schiebt uns unter, wir hätten gefälscht, Calwer habe den Zollkrieg für nützlich und notwendig erklärt. Das haben wir gar nicht behauptet. Mit Verlaß, in dem obigen wörtlich citierten Satz der „Kreuz-Ztg.“ steht genau und deutlich, wie jeder nachlesen kann, daß Calwer einen Zollkrieg mit den Vereinigten Staaten für nützlich und notwendig erachtete hat, und wenn jetzt das Blatt unter Unter-schlagung des betreffenden Satzes erklärt: „Das haben wir gar nicht behauptet“, so ist das weiter nichts, als eine ver-logene Spekulation auf die Vergeßlichkeit und Gedanken-losigkeit seiner Leser.

Verlegt sich das Blatt in diesem Fall einfach auf das Ablagen, so giebt es in Bezug auf die citierte Stelle aus der Margischen Wäffeler Rede zu, daß es die beiden Worte „heutzutage“ und „früheren“ fortgelassen und aus dem Wort „zerseht“ — „hezt“ gemacht hat. Aber meint es, diese Auslassungen und Ver-wechelung seien nur Schreibfehler, die bei einer vor vierzehn Jahren erfolgten stenographischen Niederschrift vorgekommen seien, sie änderten an der Beweiskraft der betreffenden Margischen Aus-lassung gar nichts. Doch die Stelle ist zu schön für die innere Un-wahrhaftigkeit des frommen Blattes, als daß wir sie unsern Lesern vorenthältlichen müßten:

Daß Marx von seiner Zeit (heutzutage!) urteilte, als er 1849 schrieb, und nicht an unsre Gedacht hat, ist doch wohl selbstverständlich. Daß „hezt“ ein Schreibfehler für „zerseht“ ist, liegt auf der Hand; denn „hezt die Wälder“ verlangte notwendigerweise noch ein „gegen einander!“ — Was aber das Adjektiv „früheren“ vor

Nationalitäten für eine besondere Bedeutung hat, gestehen wir offen nicht einzuweichen. Marx sprach doch, wie ja der „Vorwärts“ gegen uns mit Nachdruck betont, von seiner Zeit („heutzutage“), da hat es keinen rechten Sinn von früheren Nationalitäten zu sprechen, die der Freihandel zerlegt (Präfens). — Doch mag dem sein, wie ihm wolle, wir haben gar nicht die Absicht, uns an der Logik von Marx zu reiben; wir gestehen offen, die Worte fehlen bei uns!

Eine wirklich allerliebste Leistung. Das Blatt greift eine Aeußerung von Marx aus dem Jahre 1849 auf, verschweigt, wann sie gefallen ist, und leitet daraus bestimmte Folgerungen in Bezug auf die heutige sozialpolitische Stellungnahme der deutschen Socialdemokratie ab. Wir weisen darauf hin, daß die betreffende Rede, welcher jene Aeußerung entnommen ist, vor über 50 Jahren gehalten wurde und sich auf die damaligen englischen Kämpfe zwischen Freihändlern und den schützöllnerischen Großgrundbesitzern bezieht, wie denn auch in dem betreffenden Passus von „heutzutage“ gesprochen wurde. Und was entgegnet darauf die „Kreuzzeitung“? Sie erklärt einfach, nachdem sie eben erst die betreffende Aeußerung auf die Gegenwart bezogen hat, es sei denn doch ganz selbstverständlich, daß Marx, als er 1849 jene Sätze äußerte, nicht an unsere Zeit gedacht habe.

Und ferner, wenn es so ganz auf der Hand liegt, daß „heutzutage“ ein Schreibfehler ist, warum hat dann der kluge Leichterleischreiber bei der Niederschrift vor 14 Jahren, wie jetzt bei der Abfassung diesen Schreibfehler nicht bemerkt?

Es sind nur solche Verlegenheitsausflüchte, welche die „Kreuzzeitung“ bietet: Ausflüchte, die weder durch die angewandten rationalistischen Annahmen, noch durch die Selbstbezüglichkeit einer ungewöhnlichen Einseitigkeit sachmäßiger und glaubwürdiger werden.

Zum Schluß meint das Blatt auch, der „Vorwärts“ gestehe ja ein, daß der Freihandel die Umwälzung der sozialen Verhältnisse beschleunige. Das ist wieder eine Fälschung. Wir haben gar nichts eingestanden; wir haben nur erklärt, was Marx 1849 mit den citierten Sätzen sagen wollte.

Uebrigens haben die Thatsachen gelehrt, daß auch der Schutz Zoll unter gewissen Verhältnissen durchaus auf die Zuspitzung der kapitalistischen Entwicklung hinwirkt. Wie bis vor dreißig Jahren die Getreide exportierenden preussischen Unterprovinzialstaaten waren, also der Freihandel in diesem Sinn ein Volkwerk rückföhriger Reaktion war, so verhält sich andererseits der industrielle Schutz Zoll unter Umständen unzweifelhaft die kapitalistische Entwicklung außerordentlich.

Die Socialdemokratie bekämpft die schützöllnerische Richtung des heutigen Junkertums in erster Linie deshalb, weil die Interessen der Arbeiterschaft in jeder Hinsicht durch diese gemeingefährliche Politik aufs schwerste gefährdet werden. Daß wir nebenbei keinen Anlaß haben, auf Kosten des Volkes das kulturfeindliche ostelbische Schmarotzertum zu mästen, ist selbstverständlich. Man kann von uns nicht verlangen, daß wir auf unsere Kosten unsere Todfeinde schützen und hegen! —

Ein gerichtsnotorischer Ehrenmann. Der Schwinder Ter Linden, der nicht nur seine Arbeiter betrog, indem er ihnen Materialien mit 100—200 Proz. Aufschlag anrechnete, sondern auch honeste Vertreter der heutigen Ordnung und Sitte gründlich über den Köpfel barbierte, dabei ein ausgesprochener Freund der Merikalen war, ist im letzten Jahre in seiner Schwinderei u. a. auch durch ein gerichtliches Urteil geschädigt worden. Ein Angeklagter des Ter Linden hatte diesen der Fälschung von Bilanzen und dergleichen Kleinigkeiten mehr beschuldigt. Da Ter Linden das Fällende ungezweifelhaft verstand, man auch wohl eine gründliche Prüfung der Bücher für unnötig hielt, kam das Gericht, vor welchem sich der Ankläger des T. zu verantworten hatte, zu der Ansicht der Nichtbeweisbarkeit der erhobenen Anschuldigungen und der — Velsediger wanderte auf neun Monate ins Gefängnis; so wollte es das „unfehlbare“ Gericht. Nun war natürlich Ter Linden feckenein. Als gerichtsnotorischer Ehrenmann beschwindelte er Banken und gute Freunde, und als Schlingel der Merikalen plünderte er die Arbeiter. Ein Prachtexemplar aus der Gattung der Ordnungsgelben, ein Musterstreiter für Thron und Altar.

Es kracht weiter. Aus Arefeld wird uns berichtet: Durch den Sturz der Firma Gerhard Ter Linden, Aktiengesellschaft in Oberhausen, ist das hiesige Bankhaus von Wederath & Heilmann in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Das Bankhaus ist um 1 202 000 M. geschädigt. Schon mehrere Tage sind Verhandlungen im Gange, wonach die Vergütungs-Markische Bank das Bankhaus übernehmen soll. Der Inhaber des Bankhauses, ein Herr v. Randow, verwendet an seine Kreditoren ein Hundschreiben, in dem er erklärt, daß er die Verluste selbst tragen will und ein Verlust für die Kreditoren ausgeschlossen sei. Das Bankhaus ist bereits im Jahre 1898 gegründet und hatte einen guten Ruf. Ein Rätsel ist es, wie ein so vorsichtiger Geldmensch, wie der Inhaber des Bankhauses v. Wederath-Heilmann ist, sich so stark bei einem derartigen Schwindel-Unternehmen, wie das Ter Lindensche, engagieren konnte. Vielleicht hat er sich auch durch die Frömmigkeit des Ter Linden, der seine Fabriken vor Inbetriebsetzung von katholischen Geistlichen einsegnen ließ, verleiten lassen.

Folgen der Krise. In der Braunschweiger Maschinenfabrik in Münden-Steudling wurden am Sonnabend 100 Arbeiter entlassen. Das Establishment beschäftigte früher 1500 Mann; im vorigen Jahre ist diese Zahl auf 900 gesunken und jetzt ist schon wieder eine Reduzierung notwendig geworden.

Die Duisburger Wahl. Bei der Reichstags-Ergebniswahl in Duisburg wurden nach amtlicher Ermittlung von 82 809 Wahlberechtigten im ganzen 63 657 Stimmen abgegeben, darunter 25 764 nationalliberale und 20 078 Centrumsstimmen. Die socialdemokratischen, politischen und freijünglichen Stimmen scheinen amtlich nicht gezählt worden zu sein.

Die Stichwahl in Duisburg findet bereits am Freitag, den 2. August, statt.

Reite „Demokraten“. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Wie drüben in der badischen Residenz, so haben auch hier sämtliche bürgerliche Parteien, Merikale, Liberale und „Freiimm-Demokraten“, sich zu einem Wahlkartell zusammengeschlossen, um bei den im September stattfindenden Ergänzungswahlen zum Gemeinderat die Socialdemokratie zu verdrängen. Sie bringen dies Opfer der politischen Heberzeugung, obwohl unter den neu zu erneuernden Mandaten sich nur ein socialistisches befindet, das des vor einigen Wochen von seinem Amte zurückgetretenen Schriftführers Trug. Jeder der drei Nichtsocialdemokraten sollen drei Mandate überlassen werden, die Merikalen haben sich außerdem das Recht vorbehalten, unter den sechs Kandidaten der übrigen beiden Parteien einen nach Stellung und Gefinnung ihnen genehmen zu bezeichnen. Der Vorkerret der Straßburger „Freiimm-Demokratie“ ist mit dieser Wahlabsichtung komplett, was selbst die eigne auswärtige Parteipresse bestätigt.

Zum polnischen Geheimbündnisprozess. Den deutsch-latholischen Geistlichen wirkt die „Gageta tomaska“ vor, die Ursache des gegen Merikale und Gymnasialisten eingeleiteten Verfahrens wegen Geheimbündnisse zu sein. Das Blatt entnimmt seine Behauptung der Anklageschrift, deren weiteren Inhalt es mit Rücksicht auf den § 17 des Preßgesetzes nicht mitteilen konnte.

Der Kasseler Treiber-Ausschußrat sieht nunmehr vollständig im Untersuchungsgefängnis, nachdem auch Rittergutsbesitzer Arnold Sumpf (Weißwald) und Rittergutsbesitzer Th. Schulze-Dellwig verhaftet worden sind.

Ueber einen deutsch-französischen Grenzzwischenfall wird uns aus Esch-Vorbringen berichtet: Wie alljährlich, so war auch dieses Mal wieder das malerisch gelegene französische Grenzstädtchen Arville am Tage seiner „Armées“ das Ziel vieler Besucher aus den deutsch-lothringischen Grenzorten Novéant, Ars, Nancy etc., unter denen sich auch eine große Anzahl deutscher Beamten mit ihren Familien befanden. Abends, etwa gegen die zehnte Stunde, entstand zwischen jungen Leuten aus Arville selbst und lothringischen Eingeborenen aus dem deutschen Novéant ein Wortstreit.

Die Franzosen verhöhten diese Leuten ihres Verkehrs mit Al-Deutsch und es folgten Worte wie „Prussiens“ und „Cosagues“ herüber und hinüber. Bald geriet man auch thätlich an einander und es kam zu einem blutigen Messerkampf, in dem nach zuverlässigen Zeitungsmeldungen sieben junge Leute verwundet wurden, darunter drei schwer. Einer von den letzteren, Pichenet mit Namen, starb bald darauf an seinen Verwundungen in Bagny. Zahlreiche Arrestierungen wurden vorgenommen; deutscherseits wurden bisher 12 junge Leute aus Novéant wegen Teilnahme an der Stecherei verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Die Erregung beiderseits ist immer noch sehr groß, und da auf französischer Seite die Drohung ausgestoßen wurde, auf deutschem Boden demnächst den Streit fortzusetzen, so sind die Grenzpolizeibeamten diesseits wie jenseits der Grenze angewiesen worden, den Personenverkehr zwischen den in Betracht kommenden Orten streng zu überwachen und jede Ausschreitung sofort im Keime zu ersticken.

Die Folgen der Centrums-Politik.

Aus München, 28. Juli, wird uns geschrieben: Auf den bayerischen Staatsbahnen haben in der letzten Zeit außerordentlich zahlreiche Entlassungen von Streckenarbeitern stattgefunden, trotzdem eigentlich gar kein Arbeitsmangel vorhanden ist. Das Organ des ultramontanen Eisenbahner-Verbandes bellagt sich mit vollem Recht über diese Maßregel. Es erhält jetzt von der Centrumpresse die Auskunft, es handle sich um ein Entgegenkommen der Staatsbahnverwaltung gegen die Bauern, die beständig über Arbeiternot klagen. Wenn die Ernte-Arbeiten vorüber seien, werde man den betr. Bahnarbeitern gestatten, die Sichel wieder mit der Schaufel zu vertauschen. Die offiziöse „Augsb. Abendztg.“ ersucht nun die Eisenbahner höflich, sich für die Entlassungen beim — Centrum zu bedanken. Die Regierung habe nur die Wünsche ultramontaner Abgeordneter erfüllt, die verlangten, man solle während der Erntezeit die Bahnumwartungs-Arbeiten auf das notwendigste Maß einschränken. An diesem Beispiel zeige sich wieder einmal, wie das Centrum in die Lüge getrieben werde, indem es einerseits die Bauern und andererseits die Arbeiter poissiere. Für diese Art der Beweisführung werden die entlassenen Arbeiter gerade im gegenwärtigen Moment der Regierung wenig Dank zollen. Wird doch durch solche Maßnahmen die Unverschämtheit der Agrarier nur noch mehr gesteigert.

Ausland.

Frankreich.

Ueber das Ergebnis der Generalrats-Wahlen, die in Paris am gestrigen Sonntag vorgenommen wurden, wird dem „Verl. Tagebl.“ gemeldet: Nachdem die Resultate der gestrigen Stichwahlen vorliegen, verstärkt sich der Eindruck, daß die Generalratswahlen einen entschiedenen Sieg der republikanischen über die antirepublikanischen Parteien, und wenn auch nicht einen ganz so großen, so doch immerhin einen bemerkbaren Erfolg der links-republikanischen, also eigentlichen Regierungsparteien ergeben. Daran kann auch die Thatsache nichts ändern, daß die Socialisten gestern in Lille von den Merikalen geschlagen worden sind, wie sie in der Hauptwahl schon in Roubaix geschlagen wurden. Die Socialisten in Lille gehörten dem extremen Flügel an und waren ebenso Gegner der heutigen Regierung, wie es die Merikalen sind. Die Regierung kann mit dem Gesamtergebnis der Wahlen zufrieden sein.

Das „Volksrecht-Bureau“ meldet noch: Von den 90 gestern stattgefundenen Stichwahlen waren um Mitternacht 94 Resultate bekannt; es wurden gewählt 63 Republikaner und 11 Konervative; die Republikaner gewannen 17 und verlorern 7 Siege.

Zur Haltung der Congregationen. Der Vater Maynal erklärte in einem Interview, die Dominikanerbrüder seien entschlossen, die auf Grund des Vereinsgesetzes notwendige Aufenthaltserlaubnis bei der Regierung nachzuuchen. Die Benediktiner verlassen ebenfalls Frankreich. Die Chartreux-Brüder erklären, daß sie im Besitze eines Dekrets seien, welches ihre Congregation in Frankreich anerkennt. Dieses Dekret sei augenblicklich dem Staatsrate unterbreitet.

Dänemark.

Das radikale Ministerium. Der neue Arbeitsminister hat, wie dem „V. T.“ aus Kopenhagen telegraphiert wird, zwei Eisenbahnbeamte, welche wegen oppositioneller Wahl-agitation während der letzten Reichstagswahlen strafweise nach entlegenen Gegenden Jütlands vom früheren Minister verlegt worden waren, in ihre früheren Kopenhagener Stellen wieder eingesetzt.

Türkei.

Konstantinopel, 28. Juli. Von amtlicher Seite werden die Meldungen ausländischer Blätter von einem blutigen Zusammenstoß zwischen Türken und Albanesen an der Grenze des Vilajets Kostono, von Massenverhaftungen in Konstantinopel und Deportationen nach Arabien und dem Vilajet Tripolis als vollständig unbegründet erklärt. Ferner seien die Meldungen von der Verlegung des Gendarmerie-Kommandanten in Resueb sowie von angeblichen Reiderien der Truppen in Glesch, Bodena und Doizan unzulässig.

Ein Circularschreiben des Großveziers droht der gesamten türkischen Beamenschaft schwere Strafen an, falls dieselbe sich über die jungtürkische Bewegung irgendwie äußert.

Afrika.

Aden, 28. Juli. Der tolle Mullah wurde von den Engländern in einem scharfen Kampf am 17. Juli geschlagen. Auf englischer Seite fielen ein Offizier und 12 Mann, während ein Offizier und 20 Mann verwundet wurden. Der Feind hatte 70 Tote.

Da der englische Verlust halb so groß ist, wie der des Feindes, scheint der Sieg nicht allzu glänzend und jedenfalls nicht entscheidend gewesen zu sein.

Der Boeren-Krieg.

Das Kriegsamt übt Censur!

„Daily Mail“ veröffentlicht einen längeren Artikel über ein amtliches Schreiben, welches dem Blatte vom Staatssekretär Brodrick zugegangen ist, und worin der letztere mitteilt, daß er die das Blatt bedienenden Depesch-agenturen aufgefordert habe, der „Daily Mail“ in Zukunft keine Listen mehr über die englischen Verluste zugehen zu lassen. Sollten die Agenturen, trotz amtlicher Aufforderung fortfahren, dem Blatte die Listen zu übermitteln, so würden ihnen dieselben gleichfalls entzogen werden. „Daily Mail“ erklärt, daß dieser Feldzug gegen das Blatt schon seit acht Tagen dauere, aber trotz aller Angriffe werde es fortfahren, sämtliche Meldungen über den Krieg zu veröffentlichen. „Daily Mail“ fügt hinzu, dieses Vorgehen des Staatssekretärs über-treffe alles, was man seit Beginn des Krieges an Fehlern begangen habe. Kein Engländer werde vergessen, daß das Kriegsamt unbrauchbare und veraltete Geschäfte auf den Kriegsschauplatz sandte und für zahlreiche andre Fehler die Verantwortung zu tragen habe. Diese Chitanen sind ebenso kleinlich wie sinnlos!

Der Verwundeten-Mord der Boeren

Schrumpft bereits zusammen. Lord Kitchener berichtet aus Pretoria vom 28. d. Mts., der Boerengeneral Spruyt sei am 20. Juli ge-dödet worden, als er versucht habe, die Eisenbahnlinie bei Blakfontein zu überschreiten. Kitchener sendet außerdem den Bericht von einem Offizier und sechs Soldaten über die Ermüdung von englischen Verwundeten durch die Boeren. Einer der Zeugen spricht von vier Boeren, die Mehrzahl jedoch nur von einem einzigen, der dieses Verbrechen be-

gangen haben sollte. Einer der Zeugen erklärte, der betreffende „Boer“ sei ein Deutscher gewesen.

Schließlich entpuppt sich der eine Boer, der gar kein Boer, sondern ein Deutscher ist, noch vollends als englische Seechlange.

Partei-Nachrichten.

Die Parteikonferenz des Wahlkreises Potsdam-Osthavel-land, die am Sonntag in Spandau tagte, war von 23 Delegierten aus 15 Orten besucht. Nach Feststellung der Geschäftsordnung erstattete der Kreis-Vertrauensmann Paris-Velten seinen Bericht. Danach ist die Berichterstattung aus den einzelnen Orten eine sehr mangelhafte gewesen. Im vergangenen Jahre seien insgesamt 34 000 Flugblätter und Broschüren im Kreise verteilt worden, und erfreulicherweise beteiligten sich jetzt immer mehr kleinere Orte an der Agitationsarbeit. Die Lokalverhältnisse seien leider noch wie vor sehr mangelhaft. Die Gewerkschaften hätten im allgemeinen weitere erfreuliche Fortschritte gemacht, was von den politischen Organisationen im Kreise leider nicht gesagt werden könne. In Velten seien von 1441 Arbeitern 905 gewerkschaftlich organisiert; aus den von den einzelnen Orten erstatteten Berichten geht dann weiter hervor, daß in Potsdam 123 politisch und 1513 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden sind. Rauen zählt 60 politisch und 438 gewerkschaftlich Organisierte. Spandau 142 Mitglieder der politischen und 1223 Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen.

Der Kassenbericht weist eine Einnahme von 1110 Mark 80 Pf. und eine Ausgabe von 704 Mark 15 Pf. und mithin einen Bestand von 316 M. 74 Pf. auf.

Eine sehr ausgedehnte und stellenweise ziemlich erregte Debatte entstand über den Antrag der Spandauer Genossen betreffend „An-erkennung der „Laternen“ als Parteiorgan.“

Im Verlauf der Debatte zogen die Spandauer Delegierten ihren Antrag zurück. Genosse Sidow, als Vertreter der „Brandenburger Zeitung“ teilt mit, daß die „Brandenburger Zeitung“ im Kreise 735 Abonnenten habe. Dem Kreisvertrauensmann wurde hierauf einstimmig Besorge erteilt.

Beschlossen wurde, die Petitionsbogen gegen die Bucherzölle auch auf den Dörfern von Haus zu Haus zu verbreiten. Angenommen wurde auch noch nach kurzer Diskussion ein Antrag der Spandauer Genossen, betreffend Wahl einer Kommission zur Vorbereitung eines neuen Organisationsstatuts, welches die Bildung einer geschlossenen Centralorganisation über den ganzen Kreis vorsieht.

Hierauf wird nach einem kurzen Bericht des Genossen Paris als Mandat des Kreises für die nächste Reichstagswahl einstimmig der Parteigenosse Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht-Velien aufgestellt.

Zum Parteitag wurde Staab-Potsdam delegiert und als Ersatzmann Goodglück-Potsdam bestimmt. Mit der Vertretung auf der Provinzialkonferenz wurden Paul-Velten, Förster-Potsdam und Pieper-Spandau beauftragt. Paris-Velten wurde als Kreis-Vertrauensmann einstimmig wiedergewählt und hierauf die Konferenz geschlossen.

Parteigenossen des Wahlkreises Breslau-Angermünde. Die diesjährige Kreisversammlung für den Wahlkreis Breslau-Angermünde tritt Sonntag, den 11. August, mittags 1 Uhr, in Freienwalde a. O., im Lokal des Herrn Nobbay, Kanalstr. 3, zusammen. Die Wahlen zu derselben finden nach § 10 des Organisationsstatuts statt. Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: 1. Geschäftsbericht der Kreis-Vertrauensperson. 2. Die Protokollpläne. Referent Dr. Vorkardt. 3. Agitation. 4. Die Lokalfrage. 5. Die Presse. 6. Wahl der Delegierten zur Provinzialkonferenz. 7. Wahl der Kreis-Vertrauensperson. 8. Der Vertrauensmann.

Totenliste der Partei. Die Parteigenossen Kürnberegs verloren durch den Tod zwei treue Mitarbeiter, die jedoch beide schon lange durch Krankheit ihrer Parteithätigkeit entzogen waren. Es sind dies der Schlosser August Seidel, ehemals Vorstandsmitglied im socialdemokratischen Verein, und der Mechaniker Karl Bauer, der vor seiner Erkrankung sowohl im socialdemokratischen Verein wie im Metallarbeiter-Verbande eifrig thätig war.

Der Parteitag der Socialdemokratie Norwegens.

Die 15. Landesversammlung der norwegischen Arbeiterpartei trat am Donnerstagsvormittag im großen Saale des Arbeiterbundes in Christiania zusammen. Es waren 83 Delegierte anwesend — darunter mehrere weibliche —, die insgesamt 43 Vereine und Verbände politischer und gewerkschaftlicher Richtung vertraten.

Der Vorsitzende der Partei, Chr. S. Ruudsen, begrüßte die Delegierten und erinnerte daran, welchen wesentlichen Anteil die Socialdemokratie an der Einführung des erweiterten Stimmrechts zu den Gemeindevertretungen hat und welche neue Position für die Partei durch dieses Stimmrecht für Männer und Frauen geschaffen worden ist, mit dessen Hilfe die wirtschaftlich Schwachen Einfluß in den Kommunen gewinnen werden.

Zu Vorsitzenden der Landesversammlung wurden Jepsen aus Christiania und Ricoll aus Bergen gewählt.

Zunächst wurde der Bericht über die Thätigkeit der Partei vom 15. Mai 1900 bis zum 1. Juli 1901 verlesen. Seit der vor-jährigen Landesversammlung haben sich 38 Organisationen (politische und gewerkschaftliche) zur Aufnahme in die Partei angemeldet. Der Partei gehören jetzt insgesamt 150 Organisationen an, 49 in Christiania mit 5700 Mitgliedern und 101 im Lande mit 5161 Mit-gliedern, so daß die Partei insgesamt 10 921 zahlende Mitglieder hat. — Eine Statistik über die Verbreitung des Partei-Organ „Socialdemokraten“ unter den Mitgliedern der Vereine, die sich der Partei angeschlossen haben, hat ergeben, daß circa 49 Proz. Abonnenten der Zeitung sind; die Beteiligung an der Aufnahme der Statistik ließ jedoch viel zu wünschen übrig. Um dies Unternehmen besser zu fördern, wurden in 41 Vereinen Agitationsvorträge gehalten. — Um die Agitation, besonders auch in der Frauenvelt, wirksamer betreiben zu können, wurden im vorigen Jahre an vielen Orten sogen. „Jugendblände“ gegründet.

Auf Beschluß des vorigen Parteitags wandte sich der Partei-vorstand an „die vereinigten norwegischen Arbeiterverbände“ (der „Linen“ angehörend) mit dem Vorschlage eines Wahlbündnisses zu den Stortingwahlen; er hatte aber damit nicht den gewünschten Erfolg. Nur die „demokratische Arbeiterorganisation“ in Christiania erklärte sich in letzter Stunde dazu bereit, was denn auch angenommen wurde. Dort, wo die Socialdemokratie mit selbständigen Wahlmännerlisten auftrat, gewann sie insgesamt 7013 (gegen 947 im Jahre 1897). — Die Maidemonstrationen sowohl wie die socialdemokratischen Demonstrationen am 17. Mai (Verfassungs-fest) waren von großem agitatorischen Erfolg. — Um die Agitation für die im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen besser betreiben zu können, beschloß die Parteileitung, in Christiania ein ständiges Bureau mit einem fest angestellten Leiter zu errichten. Die der Partei angehörenden Vereine in Christiania haben beschlossen, die Kosten für dieses Institut aufzubringen.

Das Parteiorgan „Socialdemokraten“ hat eine Schuld von 66 220 Kronen, gegen 55 744 Kronen im Vorjahre.

Von der Abteilung der Partei in Bergen wird ein besonderer Bericht vorgelegt, dem zu entnehmen ist, daß die Partei hier in besonders gutem Wachstum begriffen ist. 1898 gehörten ihr 4 Vereine an; 1899 8 und 1900 11 Vereine mit zusammen 730 Mitgliedern. Die Agitation zu den Stortingwahlen hat hier auch zu einem verhältnismäßig guten Ergebnis geführt; 1897 wurden nur 200 Stimmen im Gebiete der Abteilung für die Socialdemokratie abgegeben, 1900 aber 1442 Stimmen.

Der Thätigkeitsbericht wurde nach kurzer Debatte einstimmig gutgeheißen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Tapetierer! Wie uns soeben aus Posen mitgeteilt wird, sind dort Differenzen ausgebrochen. Zugug ist fernzuhalten.

Die Verbandsleitung.

Die Organisation der Kürschner teilt uns mit, daß laut Beschluß einer Kürschnerversammlung vom 1. Juli in der Angelegenheit Bedenker, in der beabsichtigt zwei Schiedsgerichte zu entgegengesetzten Urteilen gekommen sind, die Mitglieder beider Schiedsgerichte zur nochmaligen Prüfung der Angelegenheit zumkommenen sollten. Das zweite Schiedsgericht (des Kreis Niederbarnim) hat dies abgelehnt. Die Mitglieder des ersten Schiedsgerichts (Gewerkschaftsvertreter) erklären nunmehr, daß sie das erste in der Angelegenheit gefällte Urteil als richtig anerkennen.

Deutscher Reich. Die Aussperrung der Tabakarbeiter in Nordhausen dauert fort. Von den Fabrikanten war den Ausgesperrten ein Vergleichsvorschlag gemacht worden, welcher darin gipfelte, daß ein großer Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht wieder eingestellt werden sollten. Und zwar, wie eine von den Unternehmern gezeichnete Liste ergibt, alle diejenigen Arbeiter, welche mehr oder weniger für die Organisation eingetreten sind. Auch die Fabrikkommissionen sowie die gesamte Leitung des Anstandes waren auf die Liste gesetzt. Also wiederum die Taktik der fortgesetzten Wahregelungen, mit dem Ziel: Vernichtung der Organisation!

Der Vergleichsvorschlag enthält noch einen weiteren Zusatz, der besagt, daß die ausgesperrten, wieder eintretenden Arbeiter sich bei Strafe der sofortigen Entlassung jeder Verletzung und Beleidigung der Arbeitwilligen innerhalb und außerhalb der Betriebe zu enthalten haben. Das Ansehen ist für die organisierte Arbeiterschaft geradezu beleidigend, denn in allen Versammlungen der Ausgesperrten ist nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß derartige zu unterlassen ist.

Eine Versammlung der ausgesperrten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm zu dem Vergleichsvorschlag Stellung und lehnte die vorgelegten Punkte einstimmig ab. Eine letzte Antwort der Fabrikanten steht bis jetzt noch aus.

Es ist kein Zweifel, der Kampf dauert fort! Ein dauernder Frieden kann nur herbeigeführt werden, wenn den kämpfenden Arbeitern ihr Koalitionsrecht im vollen Maße zu teil wird. Daß aber dies geschieht, dafür wird die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands auch ferner mit uns sorgen.

Arbeiter und Genossen! An Euch liegt es nunmehr, um die heißen Kämpfe um die Erhaltung der Organisation zu unterstützen. Thut Eure Schuldigkeit. Die Solidarität wird und muß zum Siege führen.

Das Komitee der ausgesperrten Tabakarbeiter in Nordhausen. Die Kreisfelder Sammelherren, über deren Forderungen wir bereits berichtet, befinden sich seit Montag im Ausstand.

Die Tischler-Zunng in Hannover geht mit dem Gedanken um, einen Arbeitgeber-Schutzverband ins Leben zu rufen, dessen Aufgabe sein soll, daß die Verbandsmitglieder sich bei Streiks gegenseitig mit Zuweisung von Gesellen ausbilden, oder auch durch Vermittlung des Verbandsvorstands eine Verlängerung der Lieferfristen zu erzielen.

Die Arbeiterorganisation wird ihre Vorkehrungen zu treffen wissen für den Fall, daß die Pläne der Meister vernünftigt werden.

Demonstration gegen einen Fabrikanten - Mord. Auf Gleiwitz (Oberschlesien) schreibt man uns:

Die Verwaltung der Huldshindischen Hüttenwerke in Gleiwitz hatte dieser Tage eine Verordnung erlassen, die den Arbeitern verbietet, in den Frühstunden bezw. Abendenpausen das Fabrikgebäude zu verlassen. Als dieses Verbot am Freitagmorgen bei der ersten Frühstündepause in Kraft treten sollte, kam es zu einer Demonstration, an der mehrere hundert Arbeiter teilnahmen. Schon vor 8 Uhr sammelten sich im Hofraume größere Arbeitergruppen an, die sich, als die Dampfheize den Beginn der Pause anzeigte, in geschlossenem Masse gegen das Hauptportal vor dem Bureaubaugebäude in Bewegung setzten und hier demonstrierten. Der Portier, der die Thür verschließen wollte, wurde beiseite gestoßen und etwa 200 Arbeiter drangen auf die Straße. Hier wurden die Demonstranten von einem größeren Polizeiaufgebot, bestehend aus einem Kommissar und vier Polizisten, empfangen und nach und nach zerstreut. Die in dem Hofraume zurückgebliebenen stießen Drohungen aus, als die von der Straße zurückkehrenden Arbeiter von dem Oberingenieur, auf den die Verordnung zurückgeführt wird, notiert wurden. Gegen 12 Uhr wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Bei der Abendpause kam es zu neuerlichen Demonstrationen der Arbeiterschaft, die die geschlossenen Thore von der Kohlröhre und vom Hofraume am Bureaubaugebäude mit Gewalt sprengten. Die Erbitterung erreichte ihren Höhepunkt, als das verstärkte Polizeiaufgebot Mene machte, blank zu ziehen. Aus der Masse der Arbeiter wurden Drohungen laut. — Am Morgen des folgenden Tages (27. d. M.) war die gesamte Polizei und ein starkes Aufgebot der freiwilligen Feuerwehr vor dem Bureaubaugebäude erschienen. Die Arbeiter verhielten sich jedoch ruhig, da die Verwaltung die keine Pforte offen gelassen hatte, so daß die Arbeiter ungehindert ein- und ausgehen konnten. Auf polizeiliche Anordnung waren die Desfilen in den benachbarten Straßen am Sonnabendvormittag geschlossen. Diese Anordnung soll bis auf weiteres beibehalten werden.

Ein kleiner Kasseierer Stumm. Der Handschuh-Fabrikant Nammingen in Altenburg hat seit einiger Zeit schon die ehrenvolle Aufgabe, die schwarzen Listen für Arbeiter in seiner Branche herzustellen, die sich unliebsam gemacht haben. Er ist deshalb mehrfach festgenagelt worden. Das ist ihm anscheinend an die Nieren gegangen, denn er sucht sich dagegen zu wehren und giebt dabei seine — Stummheit in der Öffentlichkeit preis. Er erklärte nämlich, sein Ehrenwort gegeben zu haben, in seinem Betriebe keinen Arbeiter mehr zu beschäftigen, der einer Organisation angehöre.

Als Vorsitzender der Fabrikantenvereinigung glaubte der Herr nach dieser Richtung hin mit „gutem Beispiel“ voranzugehen zu müssen. Nur ein Teil der Arbeiter war organisiert, und so erreichte es Herr Nammingen, alias Stumm, unterstützt durch den gegenwärtigen schlechten Geschäftsgang in der Handschuhbranche und nicht zum wenigsten durch besondere Bevorzugung Nichtorganisierter, daß die Organisierten ihren Austritt aus dem Verbande erklärten, in dem sie zum Teil bis zwanzig Jahre gefestert hatten. Die in diesem Unternehmen beschäftigten Gerber müssen, wie die „Volkszeitung“ berichtet, wenn sie heiraten wollen, davon erst dem Chef Mitteilung machen, damit er ihnen sagen kann, ob sie bei ihm längere Zeit in Arbeit bleiben können! Dieses längere Verbleiben hängt natürlich sehr davon ab, ob der betreffende Arbeiter als „gut gestimmt“ bekannt ist oder nicht. Die Empörung über diese Vorgänge in der Arbeiterschaft Altenburgs ist groß.

Die Forderungen der Breslauer Mühlenarbeiter sind von den Unternehmern im wesentlichen abgelehnt worden.

Als Nötigung ist die Einwirkung auf einen Mitarbeiter zu Gunsten einer Arbeitseinstellung wieder einmal verurteilt worden. Auf einer Versammlung bei Kragelwitz weigerten sich die Arbeiter einzufahren, bevor sie Beschäftigung über ihre Forderungen erhalten hätten. Einem Arbeiter, der entgegen der getroffenen Verabredung sich den Einfahrenden angeschlossen, wurde von einem Kollegen zugetruhen: „Was, Du willst auch hinein fahren? Dann komm mir nur nicht nach Hause“. Diese Anekdote brachte dem Betroffenen eine Gefängnisstrafe von 15 Tagen ein.

Geiwig eine harte Strafe für einen Arbeiter, der in der Wahl seiner Ausdrucke nicht so vorsichtig sein kann wie die „Gebildeten“, wenn er auch jedenfalls gar nicht an Gewaltthaten denkt.

Ausland.

Der Schiedspruch Zanardelli.

Um den seit Wochen andauernden Konflikt zwischen den Hafenarbeitern von Genua und den dortigen Heedern zu einem Ende zu bringen, hatten die ersten in einer Versammlung auf Vorschlag des Deputierten Ghiesia den Ministerpräsidenten Zanardelli um Fällung eines Schiedspruchs ersucht. Die Unternehmern hatten wohl oder übel darein gewilligt; einen Tag vor dem das Schiedsamt in Funktion treten sollte, erklärten sie, daß sie

mit den Vertretern der Liga der Hafenarbeiter, den Deputierten Ghiesia, Altobelli und Pellegrini nicht verhandeln würden.

Sie wollten auch die Legitimität der Organisation nicht anerkennen.

Zanardelli, welcher das Schiedsamt angenommen hatte, gab eine Erklärung ab, in welcher er die Legalität der Organisationen, die auf Grund von Gesetzen geschaffen worden sind, wohl anerkannte, aber da sie nicht die juristische Persönlichkeit besitzen und da sie nicht die Gesamtheit der Arbeiter umfassen. Sollte man die Unternehmern auch nicht zwingen, die Ligen als Vertreterin der Gesamt-Arbeiterschaft anzuerkennen.

Es ist merkwürdig, daß ein Ministerium, welches sein Dasein gewissermaßen dem energischen Kampfe der Genueser Arbeiterschaft gerade für die Anerkennung ihrer Organisation verdankt, daß Zanardelli, der den Gewerkschaften und den Arbeiterbörse die juristische Persönlichkeit geben will, in der Praxis deren Repräsentationsfähigkeit nicht anerkennt. Der Gesetzgeber und der Jurist vor ehenals hat sich nicht dazu ausschwingen können, das neue Recht anzuerkennen, welches sich Bahn bricht.

Der Kampf wird in Genua also weitergeführt werden, und zwar gerade für die Anerkennung des Rechts der Vereinigung und für die regelmäßige Anerkennung der Gewerkschaften.

Amerikanischer Stahlarbeiter-Streif. Das „Bureau Herald“ meldet: Wie verlautet, ist zwischen den streikenden Stahlarbeitern und den Direktoren eine Verständigung zu Stande gekommen. Der Wortlaut des getroffenen Abkommens ist jedoch noch nicht bekannt. Die hierüber veröffentlichten Zeitungsmeldungen lauten widersprechend.

Sociales.

Ein Schritt weiter im Kampfe gegen die Arbeitersekretariate. Das Oberlandesgericht in Breslau hat bekanntlich das Arbeitersekretariat in Neudorf als Gewerbebetrieb bezeichnet und der Stadttrat in Gera hat bereits die Konsequenzen daraus gezogen. Er hat dem dortigen Arbeitersekretär Bay er dieses Schriftstück zugehen lassen:

Wie polizeilich festgestellt worden ist, fertigen Sie als gegen Entgelt angestellter Sekretär bezw. Angestellter des Generar Gewerkschaftsartikels für die Mitglieder desselben und andre Personen schriftliche Arbeiten, wie Eingaben an Behörden zc. und geben außerdem Anklagen und Ratsschlüsse in Lohnbifferenz, gewerblichem Streit und dergleichen Sachen, ohne die zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten zc. erforderliche Erlaubnis nach § 85 der Gewerbe-Ordnung zu besitzen.

In Rücksicht auf Ihre Vorbefragungen unterlagen wir Ihnen hiermit den Gewerbebetrieb nach § 85 der Gewerbe-Ordnung.

Gegen diesen Verstoß steht Ihnen in Gemäßheit § 20 der Gewerbe-Ordnung innerhalb 14 Tagen von Zustellung dieses Schreibens ab gerechnet Rekurs an das kaiserliche Ministerium, Abtheilung für das Innere hier, zu.

Das Generar Arbeitersekretariat sollte es, falls es mit seiner Beschwerde gegen diese Verfügung keinen Erfolg hat, ruhig auf die Klage antunnen lassen, um noch ein zweites Oberlandesgericht entscheiden zu lassen.

Tarifföhne bei öffentlichen Arbeiten. Der Gemeinderat von Obbau, einem Vorort Dresdens mit 34000 Einwohnern, beschloß auf Antrag der socialdemokratischen Mitglieder einstimmig, bei Vergabung von Gemeindeforderungen die Einhaltung der im Gewerbe etwa bestehenden gewerkschaftlichen Tarifföhne zur Bedingung zu machen. Wenigstens ist, daß im Gemeinderat außer den die Minderheit bildenden Socialdemokraten nur konservative und Antifemiten sitzen, darunter eine Anzahl größerer Unternehmer.

Die Generalversammlung der Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler ging am Sonnabend zu Ende. Es wurde hoch vom Chmann eine genaue Präzisierung darüber gewünscht, ob diejenigen Mitglieder, welche vor 1893 (Statut von 1897) eingetreten, in der fünften Klasse verbleiben können, wenn sie in ein zweites Versicherungsverhältnis eintreten. Diefem wird zugestimmt für diejenigen Mitglieder, die vor 1893 der Kasse beigetreten sind. Ein Antrag, diejenigen Mitglieder auszuscheiden zu können, welche innerhalb 13 Wochen vom Vorstand verhängte Strafen nicht bezahlet, wird angenommen. Vollgeliebte Mitgliedsbücher sind in der Folge von den Ortsverwaltungen einzuziehen und von diesen zu vernichten. Alle Anträge, welche auf Abänderung des Statutendruckes abgelehnt, finden ihre Erledigung durch Annahme des Antrages von Laack-Karlruhe, daß diejenigen Mitglieder, welche nach sechswohentlichem Restieren Stundung der Beiträge beantragen, im Ertrantungsfall für die ersten zwei Tage und denjenigen, welche keine Stundung haben, im Ertrantungsfall für den ersten Tag kein Krankengeld gezahlt wird.

Ein Antrag vom Centralvorstand und Ausschuß, daß nur der Kassierer einer Kasse allein berechtigt ist, die Beiträge von den Beitragsammellern und Mitgliedern entgegen zu nehmen, wird mit großer Majorität angenommen.

Angenommen wird ferner ein Antrag von Berlin, den Vorstand zu beauftragen, den bisherigen Sekretär in Berlin zum 31. Dezember zu kündigen und Bezirksärzte anzustellen.

Der schriftlich gestellte Antrag Berlin, nach welchem der Vorstand ermächtigt und verpflichtet wird, sämtliche und die Abrechnung nicht einfindende Verwaltungsfunktionäre zu entlassen und neue zu bestimmen, findet ebenfalls die Majorität.

Eine Bestimmung im Statut, nach welcher die Beamten der Kasse als Mitglieder zweiter Klasse gestempelt und als Delegierte zur Generalversammlung nicht wählbar sind, wird gestrichen.

Von den Beamten der Kasse ausschließlich des ersten Vorsitzenden und des Kassierers liegt ein Gesuch um Gehaltserhöhung vor. Auf Grund dieses Gesuchs werden die Gehälter wie folgt festgestellt: für den 1. Vorsitzenden und 1. Kassierer 170 M., für den 2. Vorsitzenden und 2. Kassierer 160 M., für die übrigen Beamten 150 M., unter Fortfall der Stipendialgelder.

Die Beamten der Kasse erhalten in Zukunft statt eines achtjährigen Urlaubes, einen solchen von neun Arbeitstagen. Dem Hauptkassierer Jakob werden nach Beschluß monatlich 6 M. Monatsgehälter bewilligt. Beschlossen wird ferner noch, die Unkosten der Lokal-Kommission auf die Centralkasse zu nehmen.

Zum 1. Vorsitzenden wird Blume-Wienburg wiedergewählt, ebenso zum Hauptkassierer Jakob. Zum zweiten Vorsitzenden wird J. Wang und zum zweiten Kassierer Sud-Hamburg gewählt. Zu Beisitzern werden gewählt: F. Peters, G. Peters, Wiegand, Friedhoff und Köhlig. Als Ersatzmänner: Kretschmar, Leonhard und Großhoff.

Zu Beamten werden bestimmt: Wolf, Fels, Könen, Schmetter, Stender und Witterfeld. Mit der Revision der Hauptkasse werden die Mitglieder Heilig, Bötel und Heilguth betraut. Als Ersatzmann: Wendhold.

Der Stb des Ausschusses wird nach Frankfurt a. M. verlegt. In denselben werden gewählt: H. Waier, G. Fleischmann, G. Kretschmar, G. Bohnmann und J. Remus; als Ersatzleute: Ph. Althaus, R. Köse, J. Wöckel und G. Wölgemuth.

Zur Verhängung teilt uns der Kassierer der Verwaltungsstelle Offenburg, Herr Herold, mit, daß er gar nicht an der Generalversammlung teilgenommen hat und deshalb auch nicht, wie in Nr. 173 d. „B.“ berichtet wird, für die Umwandlung der Kasse in eine Zuschuß-Kasse stimmen konnte.

Der Kampf der Civilmuskler gegen die Militärkapellen. Der allgemeine deutsche Musikerverband, der seit Dienstag in Halle tagt, nahm zu der Konkurrenz der Militärkapellen Stellung. Man beklagte sich recht bitter über das Aufsteigen der Unterbeamten, die vom Staat besoldet werden, und führte Beschwerden gegen die gewaltige Konkurrenz der Militärkapellen. Bei Einreichung von Beschwerden hätten die Militärkapellenhäufig entgegen, man möge sie nicht belästigen zc. Der Erlaß des Kaisers vom Jahre 1895, wonach den Klagen der Civil-

muskler über die ihnen durch die Militärmuskler gemachte Konkurrenz vorgebeugt werden soll, werde von den vorgeschriebenen Behörden zu wenig beachtet. Der Lokalverein Dresden hatte einen Antrag gestellt, nach dem am 1. Juli 1895 dahin gewirkt werden soll, daß die den Stand und die Existenz der Civilmuskler ruinierende Konkurrenz eingeschränkt werde. Der Verein hatte sich zur Einreichung dieses Antrages veranlaßt gefühlt, weil in Dresden nur die eigentliche Tanzmusik das Brot der Civilmuskler sei. Bezagl wurde, daß die Militärmuskler außerhalb des Dienstes überhaupt nicht in Uniform spielen sollten, da nicht etwa die Leistung dieser Kapellen, sondern lediglich die bei den Konzerten aufgeführte Parade in Uniform gefördert werden müsse. Von einer Resolution an den Reichskanzler wurde Abstand genommen. Dagegen wurde aber beschloffen, folgende Petition dem Reichskanzler zu übermitteln:

Die Delegierten-Versammlung bedauert, daß der kaiserliche Erlaß vom Januar 1895 von den vorgeschriebenen Behörden zu wenig beachtet worden ist. Aus fast allen Seiten des Deutschen Reichs laufen noch wie vor Klagen und Beschwerden ein, daß die Militärmuskler mit wenigen Ausnahmen ihrem gewerblichen Beruf uneingeschränkt nachgehen und dadurch den Musikerstand auf das schwerste schädigen. Ebenso bedauert die Versammlung, daß die Militärmusikmeister entgegen den Bestimmungen des kaiserlichen Erlasses mehr Beschäfte annehmen, als sie mit ihrer etatsmäßigen Zahl von Musikern belegen können.

China.

Neue Vorges-Ansammlungen?

Dem „Standard“ wird aus Shanghai vom 28. Juli gemeldet: Chinesischen Berichten aus dem südwestlichen Theile zufolge besteht die sogenannte „Vereinigung der Landleute“ jetzt aus 25 000 Mann gut bewaffneter Truppen, die sich zum großen Teil aus früheren Vorges und entlassenen Soldaten zusammensetzen. Sie erbeuteten alle kaiserlichen Vorräte, die von Peking über Land gesandt wurden.

Drei deutsche Soldaten ertrunken.

Der großen Zahl deutscher Unglücksfälle in China reißt sich wieder ein neuer an. Generalleutnant v. Jessel meldet vom 28. aus Tientsin: Oberleutnant v. Heynig vom 1. Ostasiatischen Infanterie-Regiment ist am 27. auf einem Patrouillenritt bei Shanhsuan in Schlo ertrunken beim Rettungsversuch von zwei ebenfalls ertrunkenen Musikern.

Es hätte dem Generalleutnant v. Jessel sicher keine großen Umstände bereitet, auch die Namen der beiden „Gemeinen“ mitzutheilen!

Zur Entschädigungsfrage.

Nachrichten aus Peking zufolge hat Rußland erklärt, es werde jetzt nicht weiter auf eine eventuelle Erhöhung der Zollabgaben über 5 Proz., der gegenwärtigen Ziffer, hinausdrängen und seine Zustimmung abgeben, falls Chinas Einkünfte nicht ausreichend sein sollten zur Zahlung von Kapital und Zinsen, die Mächte die Einkünfte Chinas untersuchen und bestimmen sollen, welche Veränderungen zur Deckung des Erfordernisses notwendig seien. In diese Abmachung seien die kaiserlichen Gesetze mit eingeschlossen. Der englische Gesandte sei hiervon bestrebt. Daher sei die ganze Frage der finanziellen Maßnahmen geregelt. Die 450 Millionen Taels sollen nach Maßgabe des Wertes des Taels am 1. April dieses Jahres in Gold konvertiert werden. In dem Falle, daß die Einfuhrzölle früher erhöht werden, soll die Prellste, mit Ausnahme der für Cerealien, abgeschafft werden. Es verlautet jedoch, daß dafür eine Kompensation wahrscheinlich finanzieller Natur verlangt werde. Die Teilnahme Chinas an der Verbesserung der Wasserzüge zu Shanghai und Tientsin und alle andern Hauptpunkte der Verhandlungen seien jetzt geregelt und es werde erwartet, daß die Ergebnisse der Verhandlungen innerhalb vierzehn Tagen in ein Schlussprotokoll zusammengefaßt werden, das alsdann von allen Mächten unterzeichnet werden wird.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Breslau, 29. Juli. (B. L. B.) Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Rothenburg a. O.: Infolge eines heftigen Wolkenbruchs ist die Bahnschraube bei Polnisch-Wentow in einer Länge von 150 Metern bis zu zwei Metern hoch mit Sand überbewenmt. Infolgedessen blieb ein Güterzug stehen. Fünf Wagen wurden zertrümmert. Der Verkehr ist vorläufig unterbrochen.

Weiteren, 29. Juli. (B. L. B.) Heute morgen fand in der hiesigen Pulverfabrik eine Explosion statt. Drei Arbeiter und zwei Fuhrleute sind tot, viele schwer verwundet, von denen bereits einer gestorben ist. Einer der Getöteten hinterließ elf Kinder, zwei andre je sechs. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt. In der Werkstat befanden sich 300 Arbeiter, die alle schon längere Zeit beschäftigt waren, so daß eine Unvorsichtigkeit ihrerseits ausgeschlossen erscheint. Das ganze Gebäude ist zerstört. Die Gerichtsbehörde von Terrond hat eine Untersuchung eingeleitet.

Oesterreich, 29. Juli. (B. L. B.) Seit einiger Zeit wüthen in Besterjantland umfangreiche Waldbrände. Die Lösungsarbeiten sind bisher erfolglos. 3500 Mann Militär sind zur Hilfe kommandirt. Menschenleben sind nicht in Gefahr. Auch bei Sala verwüstete ein großer Waldbrand ein Gebiet von einer Meile Länge und einer Viertelmeile Breite.

Hann, 29. Juli. (B. L. B.) Dr. Rupper, der neue Kabinettschef, beabsichtigt, sich vor allem mit den Fragen betreffend den Handel, die Industrie und die sociale Verhältnisse zu beschäftigen. Eine seiner ersten Arbeiten wird die Bildung eines Arbeitsministeriums sein. Hierauf wird sich der Minister vor allem dem Studium der für Holland bedrückendsten Fragen, besonders dem Freihandel, zuwenden.

Brüssel, 29. Juli. (B. L. B.) Wie aus parlamentarischer Quelle verlautet, ist die gesamte Linke entschlossen, zur Obstruktion ihre Lust zu nehmen, um die Regierung zu verhindern, die neue Militärvorlage noch in dieser Session durchzubringen. Sowohl die Liberalen wie die Sozialisten der Kammer wie des Senats sind hierin vollkommen einig.

London, 19. Juli. (B. L. B.) Unterhaus. Finanzsekretär beim Kriegsamt Stanley teilt mit, die Zahl der Vorgen, die seit Ausbruch des Krieges gefangen genommen worden sind oder sich ergeben haben, betrage etwa 33 000.

Walfur legte dem Hause eine Postkarte des Königs vor, welche besagt, der König, von dem Wunsch beiseit, Lord Roberts zur Anerkennung für dessen hervorragende Verdienste als Oberkommandirender in Südafrika ein besonderes Belohnen der Gunst zu geben, empfehle dem Hause, Roberts eine Dotation von 100 000 Pfund zu gewähren. Die Verlesung der Postkarte wurde von den Iren mit lauten Protestrufen aufgenommen.

Auf eine Anfrage bemerkte Unterrichtssekretär Craunborn, das auswärtige Amt wisse nichts davon, daß irgend welche Verhandlungen zwischen der portugiesischen und der britischen Regierung wegen Verpachtung der Eisenbahn zwischen Lourenço Marquez und Resfano Garcia an die britische Regierung gepflogen worden seien.

Eine Anfrage, ob es wahr sei, daß einem Londoner Blatte weitere offizielle Mitteilungen verweigert worden seien, beantwortete der Staatssekretär Brodrick: Er führte aus, daß betreffende Blatt habe im Laufe dieses Jahres über bevorstehende Ereignisse Mitteilungen gebracht, die auf geheimen amtlichen Dokumenten beruhten. Er habe bereits einen Beamten entlassen, weil derselbe von vertraulichen Dokumenten einen unangenehmen Gebrauch gemacht habe. Das Haus werde ihn hoffentlich darin unterstützen, solchen Vorkommnissen ein Ende zu machen, die nicht nur den Staatsdienst in Mitleidenschaft brachten, sondern auch eine Gefahr für das Land seien.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter, Parteigenossen! Heute ist der letzte Tag, an dem die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl ausliegen. Die Listen sind in der Zeit von 9 bis 3 Uhr im städtischen Wahlbureau, Poststr. 16, Zimmer 57, einzusehen. Wer es bis jetzt veräumt hat, sich sein Wahlrecht zu sichern, dem bietet sich heute noch Gelegenheit, das Veräumte nachzuholen!

Fünfter Wahlkreis. Heute, Dienstagabend, 8 1/2 Uhr, findet im Alten Schützenhause, Linienstr. 5, die Generalversammlung des Wahlvereins im 5. Kreise statt.

Neben den Quartalsberichten steht ein Vortrag des Genossen Robert Schmidt über die wirtschaftliche Krise auf der Tagesordnung.

Gäste sehr willkommen. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder erwartet Der Vorstand.

Weihnäse. Heute Dienstag, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal Langhansstr. 106 eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Herrn Dr. Joel über „Moderne Naturanschauung“. Zahlreiche Beteiligung, auch der Frauen, sehr erwünscht.

Tokales.

Das Erbrecht, das der Stadtgemeinde gegen die aus Mitteln der öffentlichen Armenpflege unterstützten Personen zusteht, hat der Stadt-Hauptkasse im Geschäftsjahre 1900/01 eine Einnahme von 27 829,78 M. (im vorhergehenden Jahre 34 032,54 M.) gebracht. 24 108,99 M. (im vorhergehenden Jahre 28 810,14 M.) rührten aus den Nachlässen der mit Geld unterstützten Personen her, der Rest aus den Nachlässen der in den Anstalten verpflegten Personen. Mit einbezogen ist in diesen Beträgen der Erlös für die hinterlassenen Möbel, Kleidung, Wäsche usw., bei den Anfalltsinsassen auch die auf ihren Namen ausgezahlten Sterbekassengelder.

Die Saison des Drachenfliegens hat begonnen, was stets um die Zeit zu geschehen pflegt, wenn auf den Feldern der Wind über die Stoppeln weht. Bei Berlin war es am letzten Sonntag besonders das Tempelhofer Feld, auf dem die Knaben, oft unter Weisung ihrer Väter, die papiernen Drachen in die Lüfte steigen ließen. Da sei denn darauf hingewiesen, daß dies niemals in der Nähe von Telegraphen- oder Telephondrähten geschehen darf, da sich hierin leicht der Windfaden oder auch der geschwängte Drache selbst verwickeln und dadurch eine Störung des Betriebes herbeiführt werden kann. Zu widerhandelnde werden bestraft und können zu den Kosten für den Ersatz der gestörten Leitungen herangezogen werden.

Strafe muß sein. Jedenfalls auf eine Denunziation ist ein Strafmandat zurückzuführen, das in diesen Tagen der Vorsitzende der Centralkommission der Krankenassen Berlins erhalten hat. Das Schriftstück lautet:

Auf den Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Verschuldung wie imstehend - Uebertretung - gegen § 1, 12 des Gesetzes vom 11. März 1850, wofür als Beweismittel bezeichnet ist: der Ausschnitt aus Nr. 117 der Zeitung „Vorwärts“ vom 22. Mai 1901 eine Geldstrafe von 15 - fünfzehn - Mark, und für den Fall, daß dieselbe nicht beigetrieben werden kann, eine Haftstrafe von 3 - drei - Tagen festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. (Registere betragen specialisiert 1,50 M.)

In der Verschuldung heißt es dann umstehend: Sie haben zu Berlin am 20. März 1901 in der Berliner Ressource, Kommandantenstraße, eine Versammlung der Berliner Krankenassen - Vorstände, Verwaltungs - Beamten und Ärzte, in welcher öffentliche Angelegenheiten erörtert und beraten wurden, einberufen, ohne 24 Stunden vorher der Polizeibehörde Anzeige gemacht zu haben.

Da die Centralkommission der Krankenassen sich nur mit internen Angelegenheiten der Krankenassen - Verwaltung beschäftigt, so wird sie gegen das Strafmandat richterliche Entscheidung beantragen und voraussichtlich mit Erfolg die Strafverfügung aufheben. Uebrigens wäre es interessant zu erfahren, ob die Herren Apothekenbesitzer, die Gegner der bezeichneten Kommission, sich auch einer so peinlichen gewissenhaften Aufsicht der Staatsanwaltschaft erfreuen.

Die Kennzeichen der Hundswut. Aus Anlaß der jetzt herrschenden Gefahr der Tollwutkrankheiten bei Hunden bringt das Polizeipräsidium die Merkmale der Hundswut zur allgemeinen Kenntnis, wie sie von der Tierärztlichen Hochschule aufgestellt worden sind. Danach sind als hervorsteckende Merkmale der Hundswut - Krankheit zu betrachten: Die Hunde zeigen zuerst eine Veränderung in ihrem gewohnten Benehmen. Viele wutkranken Hunde verlassen in den ersten Tagen der Krankheit das Haus ihres Herrn und laufen mehr oder weniger weit davon. Die meisten dieser Hunde verlieren schon in den ersten zwei Tagen der Krankheit den Appetit zu dem gewöhnlichen Futter, aber sie verschlingen von Zeit zu Zeit andre Dinge, welche nicht als Nahrung dienen. Alle toten Hunde zeigen eine andre Art des Verhaltens und äussern eine größere Weisheit als im gesunden Zustande. Alle toten Hunde magern in kurzer Zeit sehr ab, sie bekommen trübe Augen und struppige Haare; spätestens nach acht bis neun Tagen erfolgt der Tod.

Eine internationale wissenschaftliche Ballonfahrt findet am 1. August statt. Es steigen bemannte und unbemannte Ballons auf in Trippes, Paris, Straßburg i. E., München, Wien, Krakau, Waik, Berlin, St. Petersburg, Moskau.

Der Finder eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, sofern er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet. Auf eine vorläufige Behandlung des Ballons und der Instrumente wird besonders aufmerksam gemacht.

Eine Entgleisung im Eisenbahnverkehr brachte am Sonntagmorgen auf dem Bahnhof Charlottenburg große Aufregung hervor. Der vom Schleifweg Bahnhof um 9 Uhr in Charlottenburg fahrende Zug, der von Personen stark besetzt war, hatte sich dem Weichenort o. t. w. auf etwa 200 Meter genähert. Da er noch keine Einfahrt hatte, fuhr er ganz langsam über die Weiche. Die Maschine und die ersten drei Wagen waren bereits hindüber, als der vierte plötzlich unter unheimlichem Krachen aus der Weiche sprang, die nächsten drei hinterdrein und quer über die Weiche geworfen wurden.

Golben, Puffer, Verkupplungen zerfielen und zerbrachen, aber die Wagen schlugen nicht um, so daß das zahlreiche Publikum nur stark durcheinander geworfen wurde. Als endlich ein Schiffsland eingetreten war, führten die Leute aus den Wagen heraus, mußten aber noch zurückgehalten werden, bis der in der Ausfahrt begriffene Fürstener Zug zum Stehen gebracht war. Nun konnten die Reisenden den Zug verlassen und auf dem Bahnhof Charlottenburg untergebracht werden. Wie sich hier ergab, sind erstere Verletzungen nicht zu verzeichnen; nur kleine Abschürfungen und Ohnmachtsanfälle wurden durch das Herauspringen der Wagen zuwege gebracht. Später brachte dann ein anderer Zug die Leute nach dem Zielort Potsdam. Die aus den Schienen gesprungenen Wagen hatten sich tief in den Boden eingegraben, die Äggen waren zum Teil gebrochen. Erst um 4 Uhr nachmittags konnte die Sperrung der Vorortstrecke gehoben werden.

Ein Wagen 2. Klasse mit zertrümmertem Untergestell liegt noch heute dort. Der Verkehr wurde unterdessen über den Lehrter Bahnhof geleitet, wie auch von Charlottenburg am Nachmittag Sonderzüge abgefahren wurden. Bezüglich des Grundes der Entgleisung liegen zwei Möglichkeiten vor: entweder war eine Weiche los und der Wagen sprang deswegen aus dem Geleise oder die Verletzung der Weiche war nicht tief genug, so daß die Junge herumgedrückt und ein Teil der Wagen auf ein falsches Geleise geführt wurde.

Eine Fahrt auf der „Großen“. Ein Leser schreibt uns: Am Sonntagnachmittag fuhr ich auf der Elektrischen nach Charlottenburg, wofür ich kurz vor meiner Ankunft ein Zusammenstoß mit einem Fuhrwerk festgestellt hatte, wodurch ein Pferd tot, ob Menschen verletzt, konnte ich nicht erfahren.

Auf der Rückfahrt abends 11 1/2 Uhr in der Leipzigerstraße vor Vertheim Feuerweh und riesige Menschenansammlung; Grund Drahtbruch. Als ich nach der Vertrauensbrücke kam, hatte ich noch das Vergnügen, einen alten Anhängewagen auf den Schienen liegen zu sehen. Ein Sonntagsausflug auf der „Großen Berliner“ ist ein Vergnügen!

Der Kapitän Wilson resp. der Agent Adolf Kühne ist nach den bisherigen Feststellungen ein Opfer des Direktors Luppja geworden. Er war früher bei Sternberg als Buchhalter angestellt gewesen und wirkte später für ihn als Brauerei-Reisender. Nach der Verhaftung seines früheren Chefs besuchte Kühne den Luppja und erklärte sich bereit, für Sternberg im günstigen Sinne thätig zu sein und im Interesse der Entlassung notwendige Recherchen vorzunehmen. Er will ursprünglich durchaus ehrliche Absichten gehabt haben. Erst später sei er angeblich von Luppja veranlaßt worden, auf die Jungen einzuwirken, wobei er sich einerseits zu seiner Sicherheit andererseits, um mehr Einfluß zu gewinnen, den Namen Kapitän Wilson beilegte. Kühne ist über seine Tätigkeit in der Sternbergischen Affaire in vollem Umfang geschäftig, so daß die gegen ihn schwebende Untersuchung wohl schnell zum Abschluß gelangen dürfte. Er hatte sich sofort, nachdem Luppja entflohen, ins Ausland begeben und versuchte, aller Geldmittel bar, den Direktor L. in London zu treffen, was ihm jedoch nicht gelang. Schließlich wurde er durch pekuniäre Sorgen gezwungen, jezt wieder nach Deutschland zurückzukehren. Unschlüssig erscheint es übrigens, daß verschiedene Zeugen den angeblichen Kapitän Wilson als einen Mann bezeichneten, welcher einige Ähnlichkeit mit dem Kriminalkommissar Thiel haben sollte. Kühne ist etwa einen Kopf kleiner als der frühere Kriminalkommissar und trägt einen grauen Vollbart. Er war nach seiner Richtung hin mit Thiel zu identifizieren. Die in der Wohnung Kühnes abgehaltene Hausdurchsuchung hatte übrigens keinerlei Resultat, welches auf das Verschwinden von Einfluß sein könnte, gehabt.

Sein schlechtes Gedächtnis ist ein Provisionschwindler, der seit längerer Zeit in Berlin sein Wesen trieb, verhängnisvoll geworden. Der stillenlose Barbier Karl Bauer meldete sich bei den Subdirektionen oder Generalvertretungen von Versicherungs-gesellschaften als Agent und wurde auf Grund seiner vielversprechenden Worte angenommen. Bald brachte er auch eine Menge von Versicherungsanträgen und stellte die im Vertrauen auf seine Ehrlichkeit gezahlte Provision ein. Rasch einiger Zeit blieb Bauer fern, und man konnte feststellen, daß die Unterzahlungen auf den Anträgen gescheitert waren. Vor 2 1/2 Jahren brachte ihm seine Betrügerei eine zweijährige Gefängnisstrafe ein. Jezt hatte er wieder eine Vertretung nachgesucht und auch bereits erhalten, als dem Direktor die Erinnerung an einen von derselben Person vor etwa zwei Jahren bei ihm verübten Schwindel aufstieg. Er ging dem Betrüger nach und ließ ihn auf der Straße festnehmen. Bauer war im Besitz von Papieren, die auf verschiedene Namen lauteten und bei den verschiedenen Stellen abwechselnd benutzt wurden. Diesmal nannte er sich Fritz König. Die Kriminalpolizei ließ sich aber nicht täuschen und führte ihn unter seinem richtigen Namen in Untersuchung ab.

Ein vielseitiger Verbrecher, der zuletzt 1 1/2 Jahre Zuchthaus verbüßt hat und von verschiedenen Behörden - Magdeburg, Braunschweig usw. - wegen Urkundenfälschung, Betruges und Unterschlagung hiedrücklich verfolgt wird, konnte hier am Sonntagnachmittag verhaftet werden. Es ist der Wäcker Karl Kruschke, nach dem die Kriminalpolizei eine Streife durch die Verbrecherlokale vornahm. Er ist auf allen Gebieten zu Hause und hatte sich in der letzten Zeit dem Einbrecherhandwerk entzogen, um in Verbindung mit einer Frauensperson auf Jahrmärkten beliebige Betrügereien zu verüben und dann schlemmst zu verschwinden. In Leipzig hatte er die Summe von 6000 M. gestohlen und war damit nach Berlin entflohen, wo ihn das Schicksal erliefte. Nach seiner eignen Angabe besitzt seine „Frau“ eine Schwester, die in Köln ein öffentliches Haus unterhielt und vor kurzem verstarb. Von dem Erlös, dessen größeren Teil sie auf einer Bank sicherstellte, bezieht sie 7000 M. für den vorläufigen Unterhalt und begab sich dann auf Reisen. Kruschke trat mit ihr zusammen und reiste mit ihr und seiner Frau nach Leipzig. Der Reichtum seiner Schwägerin lodte ihn bald, er begann auch mit ihr eine Liebeslei, befaßte sie um 6000 M. und ließ die beiden Schwestern in Leipzig sitzen. Diese aber erstatteten Anzeige; von Leipzig ging die Meldung nach Berlin, und Kruschke sah alsbald fest. Von dem Gelde befanden sich noch rund 5000 M. in seinem Besitz.

Die Geklinn Bobbes. Die Voruntersuchung gegen die Witwe Marie Steger ist nunmehr abgeschlossen. Die Anklage gegen die Steger wegen Weisheit zum dreifachen Mord, der im Mai von Bobbe an den beiden Kindern der St. und an der Frau Hemling in Mariendorf verübt wurde, wird erhoben. Die Verhandlung vor dem Schwurgericht des Landgerichts II ist Ende des nächsten Monats zu erwarten. Viele Zeugen sagen aus, daß die Steger, während sie mit Bobbe zusammen wohnte, den Bau der Weisheitsfalle bemerkt haben müsse.

Wahrscheinlich am Dinschlag gestorben ist der 46 Jahre alte Direktor Max Geld aus Budapest. Auf der Rückkehr aus einem Seebad flieg er am Sonntagabend in einem Berliner Hotel ab, wurde bald darauf von Unwohlsein befallen und starb nach kurzer Zeit.

Aus einem höchst sonderbaren Grund versuchte der 30 Jahre alte Monteur Otto Venting sich am Sonntagabend um 8 Uhr zu erschlagen. Von seiner gleichaltrigen Frau, mit der er seit drei Jahren in kinderloser Ehe lebte, trennte er sich vor drei Monaten, weil er sich in eine Schneiderin verliebt hatte. Mit dieser war er noch der Waldstr. 18 gezogen, konnte sie aber nicht heiraten, weil er keinen Grund hatte zur Scheidung von seiner Ehefrau, diese aber sich auf nichts einlassen wollte, ihn vielmehr aufforderte, zu ihr zurückzukehren. In dieser verzweifelten Lage sah er sich eine Revolverkugel in den Kopf. Er scheint nicht lebensgefährlich verletzt zu sein und wurde in einem Kopschen Rettungswagen nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht.

Beim Spielen totesfahren wurde am Sonntagabendmittag die 3 Jahre alte Tochter Erna der Arbeiter Ragnaredschen Eheleute aus der Uckerstraße 15. Während die Mutter in der Wohnung nähte, hatten Gebrüder ihrer einzigen Tochter diese von dem Hofe aus nach der Wangenstraße mitgenommen, wo vor Nr. 57 ein Sandhaufen lag. Während des Spielens glitt Erna ab, von dem Sandhaufen auf die Straße vor das Pferd eines dort verkehrenden Mietwagens. Der Reiter riß es zurück, doch wurde es durch den plötzlichen Ausschrei mehrerer Frauen, die dem Vorgang beimohnten, unruhig und zog wieder mit einem so starken Ausd, daß zwei Näher dem Kind über Brust und Kopf gingen. Der Tod trat nach einigen Minuten ein.

In einem furchtbar verstümmelten Zustand befindet sich die Leiche eines Mannes in den vierziger Jahren, die am Sonntagnachmittag nahe bei der Oberbaumbrücke aus dem Wasser gelandet wurde. Um den völlig nackten Körper war ein ledener Riemen ge-

bunden. Der Kopf des Mannes war völlig zermalmt oder zerquetscht, der rechte Arm war gebrochen und der rechte Unterarm fehlte gänzlich. Die Persönlichkeit ist noch nicht bekannt. Der Mann ist 1,70 Meter groß, hat braune Augen und einen dunkelblonden Vollbart. Besondere Merkmale sind, daß der Nagel am linken Zeigefinger verkrüppelt ist, und daß sich zwischen den Augen eine Narbe befindet. Ob ein Verbrechen vorliegt oder nicht, muß erst die nähere Untersuchung ergeben.

Das Opfer einer Spiritusexplosion ist der 15 Jahre alte Knabe Ottomar Bombe, an Ostbahnhof 17, geworden. Er hatte in einem im Ausgehen begriffenen Spirituslocher neu aufgegossen, ohne die Flamme vorher zu löschen. Das Gefäß explodierte, und die Flamme verbrannte den Knaben derart am Körper, daß der Tod eingetreten ist.

Die alte Geschichte. Vor zwei Jahren siedelte das 18 Jahre alte Dienstmädchen Auguste Köhn aus Weidenburg - Strelitz nach Berlin über, weil es in der Reichshauptstadt sein Glück zu finden hoffte. Das junge Mädchen nahm den ersten Dienst in der Veruchsbrauerei in der Seefstraße und konnte sich nicht genug seinen Landsmänninnen gegenüber wegen des Verkehrs mit den Studenten rühmen, die es dort kennen gelernt hatte. Vor wenigen Monaten wechselte die Köhn den Dienst und zog zu einem Kaufmann nach der Goltzstraße zu Schönberg. Am Donnerstagmorgen um 3 Uhr sprang am Reichstagsufer ein junges Mädchen mit einer weißen, gestickten Schürze in die Spree und ertrank, obgleich anwesende Drohlfantastiker und Schutzmänner sie zu retten versuchten. In der später gelandeten Leiche wurde die junge Köhn erkannt, die am Mittwochabend einholen sollte, die gefasste Ware aber in einem Korbe in dem Laden stehen ließ und davoneilte. Die Nacht über scheint sie un schlüssig und im Kampf mit sich selbst umhergeirrt zu sein, bis der graubende Morgen die Entscheidung brachte. Das junge Mädchen hatte Grund, wegen der Bekanntschaften aus der Veruchsbrauerei um die Zukunft besorgt zu sein.

Tödtlich verunglückt ist auf einer Landpartie nach Schönholz der 13 Jahre alte Sohn Max des Möbelpolierers Wegener aus der Wörtherstraße 15. Er befand sich in Gesellschaft eines Mitschülers Gorki aus der Dunderstraße und erkletterte nach Knabenart einen Baum. Aus Unvorsichtigkeit stürzte er herunter und zog sich eine Gehirnerschütterung und einen Armbruch zu. Die letztere führte am Sonntagabend in einem Krankenhaus seinen Tod herbei.

Eine eigenartige Lebererkrankung wurde am Sonntagnachmittag einer Gesellschaft zu teil, welche einen Ausflug nach Lehnitz unternommen hatte und gegen 5 Uhr sich an dem inmitten des Waldes belegenen Lehnitzer See logierte. Plötzlich ertönte ein aufschälliges Knacken und Brechen von Zweigen und im nächsten Augenblick stürzte von einem Baum, der nahe an der Lagerstelle der Ausflügler stand, ein schwerer Körper in die Tiefe. Es war dies ein junger Mann, der eine Schlinge um den Hals hatte und Selbstmord verüben wollte. Der Ast, an welchem er sich zu erhängen versuchte, war aber zu schwach, brach unter der Last des Selbstmordkandidaten ab und so fiel dieser etwa drei Meter tief auf den Waldboden. Der Lebensmüde, der, wie er erzählt, sterben wollte, weil ihn seine Frau „verseht“ habe, hatte bei dem jähen Sturz leichte Kontusionen an beiden Hüften erlitten, jedoch weiter keinen Schaden davongetragen. Durch eine geborige Tracht Prügel versuchte man dem Lebensmüden seine Todesgelüste auszutreiben.

Von einem Baum erschlagen. Der Arbeiter Wittsch, wohnhaft Stromstr. 6, Hof I, ging am Sonntag mit seiner Frau und seinen vier Kindern im Tiergarten spazieren. Das jüngste Kind, ein zweijähriger Junge, war in einem Sportwagen gefahren. Als die Familie in der Nähe der Königl. Hofkammer in der Bellevuestraße war, brach plötzlich ein mächtiger Baum von rund 1 Meter Durchmesser um und schlug den Sportwagen nieder. Vorübergehende Herren zogen das schwerverletzte Kind hervor und brachten es auf die Unfallstation an der Charlottenburger Chaussee. Hier aber war kein Arzt zur Stelle, so daß die Herren nach der Charité fahren mußten, wo die Verletzungen des Kindes als mehrfacher Schädelbruch festgestellt wurden. An seinem Auskommen ist zu zweifeln. - Es klingt doch recht sonderbar bei diesem Vorfall, daß auf der Unfallstation keine ärztliche Hilfe zu erhalten war.

Ein schwerer Brandwunden gefordern ist im Krankenhaus Moabit die Schneiderin Emilie Höhne aus der Reuen Hofstr. 28. Während ihr Ehemann auf dem Schneidertisch arbeitete, wollte sie einen eisernen Ofen aufheizen und warf das brennende Streichholz, mit dem sie eben einen Rienspan entzündet hatte, achlos beiseite. Beide Eheleute bemerkten auch nicht gleich, daß das Streichholz die Kleider der Frau in Brand setzte, wurden vielmehr erst aufmerksam, als die Flammen am Rücken emporloderten. Auf das Geschrei der Frau H. eilten Nachbarn herbei, die das Feuer löschten. Frau H. hatte aber beratige Brandwunden erlitten, daß jede ärztliche Kunst ohne Erfolg bleiben mußte.

Aus schiedsmännischen Vergleichen sind der städtischen Haupt-Stiftungskasse im Geschäftsjahre 1900/01 nur 5237,85 M. (im vorhergehenden Jahre 5721,98 M.) überwiesen worden. Dieser Einnahmeposten ist schon seit längerer Zeit im Rückgange. Bei Streitigkeiten, die vor dem Schiedsmann geschlichtet werden, fällt jezt mehr als früher auch den Wohlthätigkeitsvereinen die Rolle des „sch freunden Dritten“ zu.

Arbeiter-Bildungsschule. Die so beliebten und sich immer größerer Beteiligung erfreuenden Familien-Ausflüge haben für den nächsten derselben insofern eine Änderung erfahren, indem am 11. August eine Dampfer-Partie mit Musik nach dem herrlich am Dämmerlicht gelegenen Hefenwinkel stattfindet. Abfahrt früh 7 Uhr an der Stralauer Brücke 5. Billet a Person 1,25, Kinder unter 14 Jahren frei. Für Rückfahrer: Schief. Bahnhof-Reu-Waldenbors, durch den Wald nach Hefenwinkel (Vokal: Kapmund). Billets sind Donnerstag abends 8-9 Uhr in der Bibliothek, Engel-Ufer 15, sowie täglich bei Horich, Engel-Ufer 15, Schulz, am Rottbuser Platz, Reul, Barnimstr. 42, Krause, Wälderstr. 7a und bei den Vorstandsmittagledern zu haben. Es ist alles aufgegeben, um die Teilnehmer in jeder Weise zu befriedigen, und wird gebeten, sich frühzeitig mit Billets zu versehen. Der Vorstand.

Freie Volksschule. Generalversammlung Mittwoch, den 31. Juli 1901, abends 8 Uhr, in Cobus Festalen. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren. Antrag auf Statutenänderung. Erhöhung des Eintrittsgeldes. Verschiedenes. Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. Um zahlreichen Besuch bitten Der Vorstand. J. A. G. Winkler.

Beim Orgelvortrag in der Marienkirche am Mittwoch, den 31. Juli, mittags 12 Uhr, wirken mit: Herr Musikdirektor Otto Diemel, Fräulein Marie Wagner, Frau Valerie Bienenr, Herr Alex. Carth, Herr Felix Vedrer-Bräsa, Herr Edm. Schäffer, Violinist, und Herr Gustav Müller. Der Eintritt ist frei.

Straßenperrung. Die Chaussee vom Artillerielaboratorium bis zur Charlottenburger Brücke über den Berlin-Spandauer Schiff-fahrtskanal ist zwecks Ausbesserung vom 29. d. M. ab gesperrt worden.

In Berlin wird die Monteufelstraße, von Ausfahrrstraße bis Waldemarstraße behufs Kaspallierung vom 1. August d. J. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Feuerbericht. In der Nacht zum Montag hatte Voltdamerstraße 117 auf einem Balkon ein Vorhang Feuer gefangen. Vorher waren Lufsenfer 48, Frankfurterstr. 130, Danzigerstr. 9 und Invalidentstr. 139 keine Zimmerbrände abzuschließen, die in der Hauptsache Kleider und Wäsche einäscherten. Brunnensstr. 156 hatten sich Pfeiflofen entzündet. Ein größerer Dachstuhlbrand beschäftigte die

Sehr längere Zeit in der Liebenwalderstr. 48. Spiritus hatte Sennefelderstr. 3 im Keller Feuer gefangen, doch konnte größerer Gefahr noch rechtzeitig vorgebeugt werden.

Aus den Nachbarorten.

Unglaubliche Zustände. Aus Rixdorf wird uns berichtet: In der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofs in der Rudowstraße steht seit Mittwoch voriger Woche eine Kindesleiche, um deren Beerdigung die Angehörigen sich bisher nicht gekümmert haben, auch sind der Kirchhofsverwaltung die erforderlichen Papiere nicht zugelegt worden. Am Sarge ist ein Zettel mit folgender Aufschrift befestigt: „Willy Wanzel, geb. 29. 6. 01. Charité. Vater: Tischler Paul Wanzel, Berlin“. Der Berichterstatter giebt hierfür folgende Erklärung: Jedenfalls sollte die Leiche nach einem der in Rixdorf belegenen Berliner Kirchhöfe gebracht werden und ist aus Versehen nach dem Rixdorfer Kirchhof gebracht worden. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, den Irrtum aufzuklären.

Es ist doch sehr sonderbar, daß die Kirchhofsverwaltung die Adresse der Angehörigen nicht in der Charité ermittelt, dort muß sie doch zu erfahren sein.

In einem Krampfanfall aus dem Fenster gehürzt und dabei ins Leben gekommen ist am Sonnabendabend gegen 11 1/2 Uhr der Steinträger Willy Schmid in Rixdorf. Der 23jährige junge Mensch wohnte Hermannstraße 55, 3 Treppen bei einer Familie Eckroth. Am die angegebene Zeit befand sich Schmid allein in der Vorderstube der Eckrothschen Wohnung und sah zum Fenster hinaus. Da er häufig an Krämpfen litt, muß er wohl von einem plötzlichen Krampfanfall überfallen worden sein, wobei er das Gleichgewicht verlor und auf die Straße hinabstürzte. Passanten hoben ihn vom Bürgersteig auf und riefen einen Arzt herbei, doch konnte derselbe nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Die Polizei ließ die Leiche des Unglücklichen nach der Leichenhalle des alten Rixdorfer Kirchhofs bringen.

Eine neue Villenkolonie soll auf dem Gelände des ehemaligen Tempelhofer Gutsparks entstehen. Die Berlin-Tempelhofener Terrangesellschaft will eine neue Straße durch den Park herstellen, die anstoßende Schönburgstraße verlängern und beide mit Landhäusern bebauen. Die neuen Straßen übergehen nach zehn Jahren in das Eigentum der Gemeinde Tempelhof, die bereits zu dem Projekte ihre Zustimmung erteilt hat.

Totgefahren wurde gestern nachmittags 3 1/2 Uhr durch einen beladenen Rikschowagen der Firma Ludmann zu Charlottenburg am Platz „Am Lügen“ das 10 Jahre alte Töchterchen Agnes des Schmieds Ertle, Galvanstr. 13 wohnhaft. Das verunglückte Kind, welches sich infolge einer kürzlich überstandenen Krankheit zum Gehen eines Stodes und einer Krücke bedienen muß, wurde z. B. von ihrer 5jährigen Schwester Erna in einem kleinen Sportkutschwagen auf dem Kehlweg umhergeführt. Dabei geriet der Wagen plötzlich unter die Räder eines dort entlang fahrenden Rikschowagens, dessen Führer jedenfalls eingeknickt hat. Der Wagen wurde zertrümmert und das arme Kind, dem die Räder über die Brust und Unterschenkel gingen, wurde zermalmt. Die von der kleinen Erna herbeigerufenen Mutter hielt, als sie das Kind anhub und nach Hause trug, eine Leiche in den Armen. Der Führer des Wagens, Rikschowagenführer, wurde festgenommen.

Wiederum ein Opfer an Menschenleben hat der Croffineer, auf dem am vorigen Sonntag sieben Menschen ihr Leben einbüßten, gefordert. Am Sonntagnachmittag schwamm in der Gegend von Hagenhäls ein 23jähriger Mann trotz mehrfacher Warnungen weit in den See hinaus. Beim Retourschwimmen verließen ihn die Kräfte und er verlor sich vor den Augen seiner Angehörigen in den Wellen. Er hinterläßt Frau und drei Kinder. Ein zweiter noch nicht vollständig aufgeklärter Fall ereignete sich vis-à-vis von Hagenhäls. Dort wurden verschiedene Sachen am Ufer gefunden, ohne daß der Eigentümer ermittelt werden konnte. Die Sachen wurden auf der zweiten Polizeiwache von Rixdorf, Hermannplatz 8, abgegeben.

Gewichts-Beitrag.

In dem großen Diebstahl- und Hehlereiprozesse Hamann und Genossen trat gestern nach Wiederaufnahme der Verhandlung eine überraschende Wendung ein. Die Angeklagte Ehefrau Hamann ist am Sonntag in ihrer Zelle von einer Kustheierin dabei überrascht worden, als sie einen Zettel mit einer Anzahl Adressen beschriftet. Frau Hamann erklärte auf Befragen, daß sie in den von ihr verzeichneten Fällen ein Geständnis ablegen wollte. Dies Vorhaben brachte sie zur Ausführung. Ihr Ehemann schien aufs Heuerste erschrocken über dies Geständnis, dann erhob er sich und erklärte mit verbissener Buth: „Da meine Frau gesteht hat, will ich auch einräumen, daß ich sämtlich zur Anklage stehenden 36 Einbruchdiebstähle begangen habe.“ Diese Erklärung erregte — besonders im überfüllten Hofverraum — Aufsehen. Hamann mußte sein Geständnis noch einmal klar und deutlich wiederholen. Die Beweisaufnahme nahm nun jetzt an einen etwas schnelleren Verlauf. Das angeklagte Ehepaar, das von jetzt an nicht nebeneinander sitzen durfte, sondern durch einen Schutzmann getrennt wurde, sah sich im Verlaufe der weiteren Verhandlung nicht wieder an, beide verhielten in gebückter Stellung und bei jedem einzelnen Fall erhob Hamann sich nur für einen Augenblick, um die Erklärung abzugeben: „Ich gebe alles zu“. Es erweckte den Anschein, als räume Hamann nun alles ein, um möglichst schnell darüber hinwegzukommen, auch seine Ehefrau äußerte sich in diesem Sinne, indem sie bei den Fällen, in denen sie ihre und ihres Mannes Täterschaft bestritt, behauptete: „Es ist nur Dummheit von ihm, wenn er es einräumt“. Auf die Frage des Vorsitzenden an die Ehefrau Hamann, wie sie dazu gekommen sei, ihrem Ehemann bei den von ihr zugegebenen Fällen Hilfe zu leisten, brach sie in Thränen aus, gab aber keine Erklärung ab. Bald darauf erlitt sie einen leichten Ohnmachtsanfall. Da der Angeklagte Hamann nunmehr „seine Sache auf nichts gestellt hatte“, so wurde er wiederholt frech, so daß der Vorsitzende ihm sofortige Bestrafung androhen mußte.

Privatdozent Dr. Puppe begutachtete, daß in der Familie des Angeklagten Hamann zwar mehrere Geisteskrankheiten vorgekommen seien, es liege aber keine Veranlassung vor, an seiner Zurechnungsfähigkeit zu zweifeln. Im Gefängnisse habe er Geisteskrankheit geheilt, wie er schon andern Personen vor seiner Verhaftung gesagt habe, er werde den wilden Mann machen.“ Der Angeklagte Hamann erging sich noch in längeren Ausführungen, um zu beweisen, daß er im Gefängnisse nicht komisch gespielt habe, wenn er auch einräumen wollte, daß er die Einbrüche bei voller Geisteskraft begangen habe. Ein Verbrecher, der wie er viele Jahre Zuchthaus zu erwarten habe, werde sicherlich nicht aufhören, den wilden Mann zu spielen, wenn er es einmal angefangen hat.

Damit wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Staatsanwalt Veier kam zu folgenden Strafanträgen: Ehefrau Hamann 15 Jahre Zuchthaus, 10jährige Ehrverlust und Polizei-Aufsicht; Ehefrau Hamann, 6 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht; Frau Fischer, 1 1/2 Jahre Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht; Frau Auguste Hamann, 1 Jahr Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht.

Der Verteidiger der ersten vier Angeklagten, Rechtsanwalt Walter Bahn, wies darauf hin, daß es seinem Einflusse zu verdanken sei, daß die Ehefrau Hamann schließlich ein Geständnis abgelegt habe, das er als ein umfassendes bezeichnen müsse. Dem sogenannten „Geständnis“ des Angeklagten, Ehemannes Hamann, sei gar kein Gewicht beizulegen, es sei das Produkt der Weitzigkeit und Gleichgültigkeit. Es liege durchaus kein Grund zu der Annahme vor, daß die Ehefrau Hamann an mehr Diebstählen beteiligt sei, wie sie eingeräumt habe. Da sie unter dem Einflusse ihres Ehemannes gestanden habe, könne sie wohl milde beurteilt werden. Bei den der Hehlerei Beschuldigten suchte der Verteidiger auszuführen, daß ein hinreichender Schuldbeweis nicht erbracht sei.

Der Verteidiger des Angeklagten Päch, Rechtsanwalt Vobredner, trat für dessen Freisprechung ein. Der Gerichtshof verurteilte den

Angeklagten Ehemann Hamann zu 15 Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht, die Ehefrau Hamann zu fünf Jahren Zuchthaus, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht, die Angeklagten Frau Fischer und die Witwe Auguste Hamann wegen fortgesetzter einfacher Hehlerei zu je sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte Päch wurde freigesprochen.

Eine taubstumme Ladendiebin von besonderer Gemeingefährlichkeit, die Cigarrenarbeiter-Ehefrau Auguste Fibelkorn, war vom Schöffengericht zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Die Angeklagte hatte trotz ihrer geistigen Beschränktheit seit Jahr und Tag die Bazarre unsicher gemacht und mit der größten Gewandtheit eine ungläubliche Menge Sachen zusammengekauft. Zumisei waren es Gegenstände, die sie gar nicht verwerten konnte, es konnte ihr auch nicht nachgewiesen werden, daß sie irgend etwas verkauft hatte. Sie behauptete im Termin, daß sie zur Diebin geworden sei, um sich an ihrem Ehemann zu rächen, der ihr Veranlassung zur Eifersucht gegeben habe. Der medizinische Sachverständige, der die Angeklagte auf ihren Geisteszustand untersucht hatte, begutachtete, daß bedeutende Zweifel an ihrer Zurechnungsfähigkeit vorlägen. Die Angeklagte leide an der sogenannten „Sammelwut“, sie stehle alles, was ihr unter die Finger komme, nur um es aufzuheben. Bei der übergroßen Beschränktheit dieser Taubstummen habe er zwar ein bestimmtes Urteil über ihr Seelenleben nicht gewinnen können, er neige aber der Ansicht zu, daß sie für ihre Thaten nicht verantwortlich zu machen sei. Das Schöffengericht kam trotz dieses Gutachtens zu einem verurteilenden Erkenntnis. Im gestrigen Termine vor der Berufungsstrafkammer führte der Verteidiger, Justizrat Bronker, aus, daß eine Verurteilung nicht erfolgen solle, wenn so begründete Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit einer Angeklagten vorliegen, wie im gegenwärtigen Falle. Man habe ein bedauerndes Geschick vor sich, das ins Zerkeln gehöre. Der Gerichtshof trat dieser Anschauung bei, hob das erste Urteil auf und erlachte auf Freisprechung.

Bereinskalender.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Zentralverein der Bildhauer Deutschlands. (Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 30. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Generelle Beratsung des Lokalbeitrags oder Gründung einer lokalen Zirkelkassa. Ersatzwahl zur Robelex-Kommission.

Arbeiter-Radfahrerclub „Solidarität“. Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW, Waldstr. 8. Dienstag: Arb. Radf. Verein „Mittler“, Thomas, Hermannstr. 48/50. — Radf. Verein „Frisch auf“ in Baumgartenweg jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, Dabelow, Baumgartenstr. 14. — Arb. Radf. Verein „Stern“ in Lindenstraße, jeden Dienstag nach dem 1. und 3. Dienstag, Friedrichstr. 20. — Arb. Radf. Verein „Vorwärts“ in Schöneberg, jeden Dienstag nach dem 1. und 3. Dienstag, Sedanstr. 31. — Arb. Radf. Verein „Fischer Wille“ in Berlin, tagt alle 14 Tage Dienstag, Sachgänger, Swinemünderstr. 34.

Vermischtes.

Beim Manöver erschossen. Ein „Holl Krosgil“ wird aus Wien gemeldet: Das 70. Infanterie-Regiment hält derzeit in der Nähe von Karlowitz seine Regimentsübungen ab. Freitagmorgens rückte das Regiment besonders zeitig auf das Übungsfeld aus. Zur Lösung der Kriegsaufgabe standen sich je zwei Bataillone gegenüber. Der Hauptmann Margerics befand sich mit dem 4. Bataillon als Vorhut an der Zete. Der Hauptmann marschierte mit seinem Bataillon ruhig vorwärts, als dieses plötzlich vom Feinde mit Feuer empfangen wurde. Das Bataillon löste sich sofort in Schützenlinien auf und das Kriegsspiel begann, als inmitten des Plappatronenfeuers auch scharfe Schüsse gehört wurden. Der Hauptmann, die Gefahr wahrnehmend, gab augenblicklich Befehl, die Einstellung des Feuers zu signalisieren, da traf ihn ein Scharfschuß in die Brust und der Hauptmann fiel schwer getroffen vom Pferde. Der Regimentskommandeur ließ die Übung sofort abbrechen und ordnete die strengste Witterung der Waffen an. Tatsächlich fanden sich auch in den Gewehren der Infanteristen Croanto und Riasewics scharfe Patronen und der Lauf ihrer Gewehre verriet, daß die scharfen Schüsse von den genannten Soldaten herrihrten. Sie wurden unter Bedeckung nach der Festung Peterwardein gebracht und dem Garnisongericht eingeliefert.

Aussehen erregt in Finsterwalde die Verhaftung des 60 Jahre alten Postsekretärs Filler. Derselbe hat mit der circa 13 Jahre alten schulpfichtigen Tochter des Cigarrenmachers B. in verbroderlichem Verkehr gestanden, der nicht ohne Folgen blieb. Dieser Tage kam das Kind mit einer Fehlgabe nieder und ist die junge Wöchnerin infolgedessen fast hoffnungslos erkrankt.

Der Gottesmann Faulhaber begnadigt! Wie der Stuttgarter „Tagwacht“ von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist der frühere Pfarrer Faulhaber, welcher wegen der bekannten großen Vertriegerien zur Verbüßung seiner 28monatlichen Gefängnisstrafe in Rottenburg war, nach Verbüßung von 14 Monaten im Wege der Gnade „vorläufig entlassen“. Faulhaber, welcher vom Arzte als krank erklärt war und dementsprechend eine bessere Kost erhielt, hat auch durch weitere ihm eingeräumte Vergünstigungen ein ganz beschauliches Dasein in Rottenburg geführt. Er trug seine eigene, keine Gefangenensleidung, durfte sich ohne Aufsicht im Freien ergehen, wurde von den Aufsehern in zutvorkommender Weise gekürrt und mit „Herr Pfarrer“ angesprochen und hatte zu seiner Bedienung einen anderen Gefangenen.

Baumfall. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Freitagnachmittag kurz vor Schluß der Arbeit an dem mächtigen Neubau des Palais-Hotels in Frankfurt a. M. Eine größere Anzahl teilweise erst neu eingetretene Arbeiter aus den Nachbarorten war damit beschäftigt, einen 25 Centner schweren Stein ins oberste, dritte Stockwerk aufzuführen. Als derselbe in der Höhe des dritten Stockwerks schwebte, soll veräuert worden sein, den Krähnen einzuschalten; von anderer Seite wird behauptet, die Bremse habe verlagert. Kurzum, der schwere Stein kam wieder mit Blüheschänke heruntergefallen, schlug zwei untere Balkenplatten sowie einen Teil der Gefünße ab, und die ganze Steinmasse fiel auf die untenstehenden Leute, von welchen mehr als ein halbes Dutzend Verletzungen davon trugen. Der 21jährige Maurer Friedrich Jost blieb auf der Stelle tot; derselbe wurde gänzlich verstümmelt. Zwei andre erlitten Arm- und Beinbrüche und andre nicht sofort festzustellende Verletzungen. Sie wurden durch die Wache der freiwilligen Rettungsgesellschaft in das städtische Krankenhaus befördert.

Ein großer Brand zerstörte in R 5 In das gewaltige Lagerhaus sowie den Getreidespeicher der Waren-Kreditanstalt Aktiengesellschaft am Krippina-Ufer. Der 60 Meter lange und 24 Meter breite, mit 60 000 Doppelcentnern Getreide gefüllte Speicher brannte vollständig aus.

Unglücksfall im Bergwerk. Aus Heilsfeld wird berichtet: Im benachbarten Glüchhölzschachte der Mansfelder Gewerkschaft verunglückten durch einen verirrten Sprengschuß der Bohrmachine acht Bergarbeiter. Zwei Arbeiter sind tot, zwei schwer, die übrigen leichter verletzt.

Vom Bliz erschlagen. Bei einem in Rieburg niedergegangenen Gewitter wurde in Wüßren (Kreis Rieburg) nach einer Meldung der „Halle“ der Hofbesitzer Widmann, der in einem Schafstalle Schutz gegen den Regen gesucht hatte, vom Bliz erschlagen. Zwei Wüßren, die sich gleichfalls in den Stall geflüchtet hatten, wurden vom Bliz schwer verletzt, jedoch sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich. Der Schafstall ging in Flammen auf.

Sechs Kinder bei der Lohnarbeit getötet. Aus Rom wird berichtet: In San Cesario, einem kleinen Ort der Provinz Modena, hat sich ein schweres Unglück durch den Zusammenstoß einer Wertschleife für Strohflechterei ereignet. Sechs Kinder im Alter von 8—13 Jahren sind bei der Arbeit getötet worden. Das Gebäude, in dessen unterem Stockwerk eine Strohflechterei betrieben wurde, ist Eigentum des Grafen Vossgetti. Von diesem sind die drei oberen Stockwerke als Kornspeicher vermietet worden. Am 7 Uhr morgens brach der Boden der oberen Speicher unter der Last, und die ganze Masse stürzte auf das zweite Stockwerk, durchdrang dieses und das erste und stürzte in den zu ebener Erde gelegenen Arbeitsraum. Wäre das Unglück wenige Minuten früher oder später geschehen, so wären alle 40 Kinder tot geblieben, die dort beschäftigt waren. In diesem Augenblick waren die meisten beim Frühstück im Freien. Die ungeheure Masse von mehr als 240 Centnern konnte erst in zweistündiger Arbeit, die die Carabinieri mit großer Umsicht und Selbstverleugnung ins Werk setzten, so weit geräumt werden, daß man die Leichen der Proletariatskinder hervorziehen konnte. Zwei der Toten sind noch nicht 9 Jahre alt! Sie stehen also unter dem geschicklichen festgesetzten Alter!

Unwetter. Aus Budapest wird gemeldet: Ueber die Ortschaft Fekete Lahota ging gestern ein furchtbarer Orkan nieder, welchem ein Wolkenschub folgte. In wenigen Minuten war die ganze Ortschaft überflutet. Mehrere Häuser sind eingestürzt, die ganze Ernte ist vernichtet.

Marktpreise von Berlin am 27. Juli 1901
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Waren	Art	Preis	Waren	Art	Preis
Getreide	gut	10.00	Partoffeln, neue	D. Gr.	1.00
	mittel	9.50	Rindfleisch, Rente 1 kg		1.20
	gering	9.00	do. Band		1.00
Wolfsfleisch	gut	1.50	Schweinefleisch		1.50
	mittel	1.40	Rindfleisch		1.50
	gering	1.30	Dammelfleisch		1.60
Butter	gut	2.60			1.10
	mittel	2.50	Eier	60 Stück	4.00
	gering	2.40	Rapsen	1 kg	2.00
Hefe	gut	1.50	Kaife		3.00
	mittel	1.40	Bander		2.60
	gering	1.30	Rechte		2.40
Nichtstrod		7.00	Barfche		1.80
Den		7.40	Schleie		2.40
Graben		4.00	Beie		1.20
Speck		45.00	Rebfe	per Schock	3.00
Linfen		65.00			

*) Frei Wogen und ab Wahn.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 45. Heft des 19. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Hungerkatastrophe. — Die sozialpolitische Lage in Serbien. Von Mikorad Popowitsch. — Lokorenus. Von D. Bach. — Jugendliteratur. Von G. Monner. — Der Kampf um die Volksschule in Deutschland. Von Irmin. — Der Jahresbericht der holländischen Fabrikinspektion für das Jahr 1900. Von Helene Simon. — Literarische Rundschau: W. Liebrecht, Souvenirs. Pierre Veroy, Souvenirs. Die holländische Frage. Maxime Kowalewski, Die ökonomische Entwicklung Europas bis zum Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsform. Die Wohnungs- und Gesundheitsverhältnisse der Heimarbeit in der Kleider- und Wäscheherstellung. — Heftigkeiten. Zum Gedächtnis Wilhelm Liebknecht. Von Robert Schweißel.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben die Nr. 16 des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Wirtschaftsgesellschaft. IV. Von Clara Jettin. — Wie sollen wir uns zur gewerblichen Arbeit der Kinder stellen? Von H. Frick-Frankfurt a. M. — Der Streik der Gummi-Arbeiterinnen und Arbeiter in Hamburg. Von Louise Bley. — Aus der Bewegung. — Heftigkeiten: „Krautlein“ und „Anabiles Krautlein“. Ein bürgerliches Familienbild im Kurort. Von Adele Schreiber. — Notizen: Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswezens. — Soziale Gesetzgebung. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenbewegung.

Als Gedent- und Erinnerungsbild an Wilhelm Liebknecht hat der „Wahre Jacob“ soeben die 16. Nummer seines 18. Jahrgangs erscheinen lassen. Die erste Seite des Gedentblatts zeigt einen Denkstein für den toten Vorläufer, an dessen Stufen die heranwachsende Jugend Blumen und Kränze niederlegt. „Nach einem Jahre“ heißt das Gedicht, das Rudolf Woynt dem „Alten“ gewidmet hat. In einem gedruckten Artikel hat Viktor Adler in Wien die Bedeutung Liebknechts gewürdigt. Außerdem sind eine Reihe Citate aus Liebknechts Reden und Schriften wiedergegeben. Aus dem politischen Teile der Nummer erwähnen wir das farbige Titelbild „Die amerikanische Invasion“. Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig.

Zungeit. Kulturlofen von Kurt Eißner. Berlin. 1901. (Dr. John Godelms Verlag. Preis 3 M.) Enthält eine Sammlung politischer, literarischer und satirischer Arbeiten des Verfassers aus den Jahren 1889 bis 1900.

Briefkasten der Expedition.

G. S. G. Wir haben keinen Abonnentensammler; wenn jemand unser Blatt für 50 Pfennig pro Monat frei ins Haus zu liefern verspricht, ist er ein Schwindler.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Bahn. Leider nicht zu verwenden.
H. W. 100. Im Briefkasten erhalten Sie sofort Auskunft.
G. S. 10. Wir können nur warnen, der Rasse beizutreten.
H. Voghagen. Das betreffende Buch ist mit dem Roman identisch.
Hammer. Die Witwe und falls eine solche nicht vorhanden ist, die hinterlassenen ehelichen Kinder unter 15 Jahren haben einen Anspruch auf Erhaltung der Hälfte der für den Lebensunterhalt des Vaters erforderlichen Marken, wenn mindestens 200 Marken geleistet waren und dem Verschorden keine Invaliden- oder Altersrente bewilligt war. — H. R. Gimbeer. Leider müssen Sie zahlen. — M. S. Rixdorf. 1. Ja. 2. Nein.
J. A. Köpcke. 10. Sie mühten sich zunächst an den Schiedsmann des Bezirks wenden, in dem die zu Verlassende wohnt. Fällt der Schiedsvertrag fruchtlos aus, so können Sie die Verlassungssache (innerhalb drei Monaten nach Kenntnis von der Verlassung) beim Amtsgericht einreichen. Beispiele finden Sie S. 440 des „Arbeiterrechts“. — Fehrbekiner. 14. Innerhalb eines Jahres nach Austritt vom Verlassenen. — G. P. 25. Sie sind leider nur dann wahlberechtigt, wenn Sie in der Liste stehen, weil nach Ansicht des Oberverwaltungsgerichts der Abzug von je 50 M. für jedes Kind auch auf das Wahlrecht von Einfluss ist. Sie können unter 600 Mark. — Glad. Rixdorf. Die Polizeikasse bezieht sich auf den allerbding nicht zweifelsfreien Ansicht des Oberverwaltungsgerichts auch für Vereine, es sei denn, daß diese das Zimmer für sich mieten und so eine geschlossene Gesellschaft in Können bilden, über die ihnen das Verlassungsrecht zusteht. — H. M. Reinholdsdorferstraße. Leider nicht. — G. 26. Stellen Sie schleunigst die Klage auf Erlass des geüblichen Geldes beim Amtsgericht, legen Sie dar, daß Ihnen Gefahr der Verlassung durch die Vermögensgegenstände droht, beantragen Sie deshalb die Klage als Verlassungssache zu behandeln und lassen dann durch den Gerichtsvollzieher das zu Ihren Gunsten ergangene Urteil vollstrecken. — G. 12. Adre! Durch die Redaktions hat Ihnen der Wert keineswegs die Miete für 14 Monate gekostet. Sie müssen dieselbe pflichtlich zahlen oder lassen sich einer erfolgreichen Ermittlungslage aus. — G. K. Bestanden Sie von dem Eigentümer des Grundstücks das Kapital nebst 5 Proz. Zinsen seit dem 1. Januar 1896 (das übrige ist verzinst) und klagen Sie, falls Zahlung verweigert wird, diese Forderung ein. — H. P. 112. Nein. — M. P. Sie müssen die sämtlichen Sachen in dem renovierten Zustande heranzubringen. Anspruch auf Schadenersatz haben Sie nicht. — H. S. Einmal ein Jahr; die Klage müßte innerhalb 6 Wochen nach Kenntnis der Sachlage angebracht werden. — G. 2. G. Ja. — M. W. 99. 1. Ja. 2. u. 3. Nein. — H. P. 60. Falls (was in Berlin die Regel) nicht im Mietvertrag die Pflicht dem Mieter übertragen ist, hat der Wirt die durch Unfall, Unwetter u. dergl. zerbrochenen Scheiben zu ersetzen. — W. W. Nein. — P. S. 100. Ja.

— H. S. S. Es genügt Ihre Angabe, daß Sie seit 1872 in Berlin anständig sind. Sie freiden einfach die Worte „anständig“ bis „Anmeldung“. — H. S. R. 81. 1. Das Amtsgericht des Bezirks, in dem der Arbeitsort wohnt, ist zuständig. 2. Ja. 3. Einige Monate. Beispiele und Formulare auch für solche amtgerichtlichen Klagen finden Sie im „Arbeiterrecht“ S. 383 bis 400. — H. 778. Ja. — H. 150. Zeitliche und jährliche Fragen kann nur ein Arzt oder Zahnarzt, und zwar auch nur nach persönlicher Beaugenscheinung, gewissenhaft beantworten. Wir müssen deshalb die Beantwortung Ihrer Frage ablehnen. — H. P. 107. 1. Wir würden der Sache nicht beitreten. 2. Nein. 3. Wenden Sie sich direkt an die Kasse. — H. P. 34. Die Entlassung Garthaus-Kew Hort beträgt 3054 T. Eine Tonne beträgt ein Viertel unfer Meile. — G. 100. Spandan. 1. Ja. 2. Weshalb Sie sich schriftlich beim Polizeipräsidenten über diese Hebamme und stellen Sie ebenda zugleich Strafantrag gegen diese Dame wegen Verleumdung und Körperverletzung, begangen in Ausübung ihrer Berufspflicht. — H. S. 11. Nein. Sie müssen nur für zuverlässig erachtet werden. — Kirche. 1. Anfrage betreffend den Austritt aus der Landeskirche. In Preußen kann nach dem Gesetz vom 14. Mai 1873 jeder (im Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts, jeder der das 14. Lebensjahr vollendet hat) aus einer Kirche mit bürgerlicher Wirkung dadurch austreten, daß er in Person vor dem Richter seines Wohnorts eine dahingehende Erklärung abgibt. Der Austrittserklärung muß ein hierauf gerichteter Antrag vorangehen. Sodann findet, nicht vor 4 und nicht nach 6 Wochen nach Eingang dieses Antrags, vor dem Richter Termin zur Aufnahme des Antrags zu gerichtlichem Protokoll statt. Der aus der Kirche Ausgetretene erhält auf sein Verlangen eine Bescheinigung seines Austritts. — Die Austrittserklärung kann nur in Person, und nur für diese Person, also nicht für Ehefrauen, Kinder oder Minderer, erfolgen. 2. Wegen Aufnahme in die freireligiöse Gemeinde wenden Sie sich direkt an diese (Hoffmann, Blumenstr. 14).

Stationen	Barometer	Windrichtung	Wolken	Temperatur	Stationen	Barometer	Windrichtung	Wolken	Temperatur
Eutin	763	SW	1	16	Wismar	761	SW	1	16
Hamburg	764	SW	1	16	Petersburg	761	SW	1	16
Berlin	763	SW	2	16	Port	765	SW	4	16
Kranz/Pr.	763	SW	2	16	Aberdeen	763	SW	1	16
München	765	SW	2	16	Paris	763	SW	1	16
Wien	762	SW	1	16					

Wetterprognose für Dienstag, den 30. Juli 1901. Ein wenig kühler, zeitweise auflockernd, vorwiegend trübe mit etwas Regen und schwachen nordwestlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 30. Juli.
Cyrano, Geschlossen.
Eduard, Geschlossen.
Neues Opern-Theater (Kroll).
Im Ariano-Theater: „Die beiden Väter“, Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Täglich großes Konzert.
Schiller (Mortwig-Oper) Joseph in Ägypten, Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches, Geschlossen.
Veiling, Letzte Nacht. Die schtummen Tanten. Die Mondschöne. Steierische Väter. Anf. 8 Uhr.
Berliner. Die Dogenkinder. Anfang 8 Uhr.
Meißens. Das blaue Kabinett. Anfang 8 Uhr.
Neues. Schauspiel des Reichthums. Anfang 8 Uhr.
Wesken. „Theater Charivari“ (Seccelland-Brett). Anfang 8 Uhr.
Recessionsbühne. Varietè-Theater: „Wiederkehr“. Anf. 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Geschlossen.
Carl Meiß. Madame Bonnard. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Spezialitäten im Garten.
Welter. Die Reiter. Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Großes Gartenkonzert und „Lustiges Brett“. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Völsche Theater. Damen-King-Kämpfe. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.
Völsche Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Neumann-Bliemchen mit seiner Gesellschaft. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubstr. 48/49. (Am Theaterplatz) Abends 8 Uhr: In kleinen Preisen: Die Höhlen des Harzes und ihre Umgebung. Javalienstraße 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Apollo-Theater
Vollständig neues Spezialitäten-Programm!
Frau Luna
Luftballett Grigolatis.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
W., Behrenstrasse 55-57.

Der Zauberer am Nil.
Ausstattungsoperette in 3 Bildern und das sensationelle Juli-Spezialitäten-Programm
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Sanssouci
Im Garten:
Täglich:
- Hoffmanns -
Nordd. Sänger
und Konzert.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr, Wochentags 6 Uhr, ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit!
Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Reichshallen
Heute Dienstag:
Vorlesung des Schauspielers
Neumann-Bliemchen
mit seiner Gesellschaft
(Herrn Bliemchen, Horvath, Gipsner, Tiock, Zimmermann, Feldow und Ledermann.)
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Am 1. August: Wiederbeginn der Solisten der Steirer Sänger.

Puhlmanns
Vaudeville-Theater
Schönhäuser-Allee 148.
Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur Kräfte ersten Ranges.
Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!
Susanne im Bade.
Große Ausstattungsoperette.
Anfang: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
F. Lehmann, Direktor.

W. Noacks Theater.
Brunnenstrasse 16.
Täglich: Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Kohität! Dufel Kalpan. Kohität! Operetten-Burleske in einem Akt von Volker-Bäcker. Musik von R. Thiele. Im Saale: Tanzkränzchen.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdigerdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania
Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Die Höhlen des Harzes und ihre Umgebung.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Zoologischer Garten
Heute, nachmittags 5 Uhr:
Grosses Doppel-Konzert
Letztes Gastspiel der italienischen Banda Municipale di Pratola.
Dirigent: Pupilla.
Entree 1 Mark.
Von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Castans Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu! Neu! Neu!
Der künstliche Mensch!
Die sensationellste Erfindung der Neuzeit!
Der „Clou“ der Pariser Welt-Ausstellung.
Vorstellungen: 12 Uhr mittags, 3, 5, 6, 7 Uhr nachmittags.

Schweizergarten
Am Königsthor. Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend 10 Uhr:
Moderne Don Juans.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich:
Auf fremder Erde.
Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Hugo Schulz. Auftritten der Operette-Gaunnonette Hedwig Böring, des Grotesque-Romistors Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Wroboten. The Garays, Nab-scher. Mr. Bartlings lebende Photo-graphien. Konzert und Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Kunstertier Platz 50 Pf.

Robert Hecht,
Berlin S.,
Cranienstr. 142.
Liefert schnell und billig alle Arten
Stempel
in jeder Ausführung.
Kautschuk-Typen „Perfekt“ zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1.50 M. an.

Gossmann-Konzertgarten
Kreuzbergstr. 48, an der Rindfleischstr.
Jeden Sonntag
Frei-Konzert
und Ball.
Montag und
Donnerstag:
Hamburger
Sänger.
Jeden Freitag:
Norddeutsche Sänger.
Entree 20 Pf.
Vorjugarten 10 Pf.
Bei ungenügender Witterung im Saal.
Raucher: Kränzchen.

Wedding-Park
Müller-Strasse 178.
Jeden Dienstag
Jeden Sonnabend:
Norddeutsche Sänger.
Biegler, Wolff, Hohenberg etc. [*
Entree 20 Pf., Vorjugarten 15 Pf.

G. Brochnows
Gesellschaftshaus,
18278*) Webersstr. 17.
Im herrlichen
Konzertgarten
jeden
Dienstag und Freitag:
Steinmetz
Sänger.
Nach der Soiree:
Tanzkränzchen.
Bons gütig, Anf. 8 Uhr.
Jeden Sonntag: BALL.
Einige Sonnabends noch zu vergeben.

Brauerei
K. Gregory,
Badstr. 67 u. Hochstr. 21-24,
Detonon G. Bopel.
Empfehle meine hochleganten
Säle, 300 Personen fassend, für
Bereinsfestlichkeiten. 18400*
Im Garten: Gr. Freikonzert.
W. Noacks Festsäle
Brannen-Strasse No. 16.
Im September, Oktober und
November sind noch Sonnabende
an Vereine zu vergeben. (19799*)

Bruch-Pollmann
empfeht sein Lager in Bruchbanden, Leibbinden, Geradhaltern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl. Artikel zur Krankpflege.
Eigene Werkstatt.
Telegraf. Dir. u. Hilfs-Krankeinfassen
Berlin C., (18633*)

30. Tinten-Strasse 30.
Herrn-Anzüge,
Vollständig u. Maß, eleg. Ausführung, auch fertige Garderobe am Lager, liefert
J. Kurzberg, Teilszahlung gestattet.

Zahnarzt Semmel
71/19) Cranienstr. 147.

Etablissement Süd-Ost, Waldemarstrasse 75.
Saal für Festlichkeiten und Versammlungen. Mehrere Sonnabende sind noch im August, September und Oktober an Vereine zu vergeben.
16802*
H. Brüder, Geschäftl.

Neue freie Volksbühne.
Sonntag, 11. August, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Schiller-Theater:
Opern-Vorstellung (Morwitz-Oper).
Joseph in Aegypten. Von Mehul.
Karten für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1 M. (inkl. Garderobe) sind in nachstehenden Zahlstellen sowie beim Kassierer zu haben:
E. Knapp, Grünhofstr. 5. E. Schmidt, Fiedowstr. 22. W. Böhre, Adersstr. 28. H. Veder, Gogolstr. 9. J. Bedt, Wöckersstr. 120. G. Bobzien, Kommandantenstr. 62. Emma Schreier, Neue Jakobstr. 6. Th. Stämpel, Baranauerstr. 26. G. Köhn, Rammstr. 83. G. Kaufhold, Brangelstr. 62. P. Gees, Rüdigerdorferstr. 18.
J. A. H. Neff, Reiner, Georgenkirchstr. 47, I.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistiche Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regelbahnen, Wärselbuben, Kombitore, Blumenhand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:
Familien-Kränzchen.

Nordhäuser Kautabak
Athenstadt & Bachrodt, Nordhausen
feht beliebtesten Fabrikat (konkotsfrei), überall käuflich. Generalvertrieb:
H. Preuss, Berlin N., Ewineminderstr. 66, I. (25826*)

Künstl. Zähne
ohne Entfernung der Wurzel
Schmerzloses Zahnziehen.
Plomben sowie sämtliche
Zahnoperationen schmerzlos.
Teilszahlung per Woche 1 Mk.
Meine 15-jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und gewissenhafte Ausführung.
19170*
Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

Bähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilszahl. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130, Spr. 9-7
Kinderwagen-Bazar „Baby“.
1. Invalidenstr. 160, an Brannenstr.
2. Oranienstr. 31, an Adalbertstr.
3. Belle-Alliancestr. 107, am Bienenplatz.
4. Gr. Frankfurterstr. 135, an Andreasstr.
5. Brunnenstr. 92, an Eigenstr.
6. Reichenhaldenstr. 24-9, Wedding.
7. Brunnenstr. 18, an Turmstr.
8. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 55.
9. 13-75 M. Sportwagen von 4,50-6,00-10 Mk. 8, 15-100 Mk.
Riesen-Auswahl. ♦ Teilszahlung gestattet. ♦ Bei größeren Raten Cassapreise. Liefer. d. Post-Spar- u. Vorschussvereins.

Men! Socialistenfrühe. Men!
Abbildungen auf Wunsch zu Diensten. 30380*
Gebr. Rieche, Hannover, Nordmannstraße 7.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Nach beendeter Engros-Saison gelangen jetzt im Einzelverkauf große Lagerbestände meiner
Teppiche! Gardinen! Portieren! Steppdecken!
zu sehr billigen Preisen zum
Ausverkauf!!
Einzelne fehlerhafte Exemplare für die Hälfte des Wertes.
Man verlange Rabatt-Marken!

